



Editorial

Kateřina Smejkalová

Das erste Halbjahr des Jahres 2015 war in Tschechien reich an Ereignissen, Initiativen, Veranstaltungen, Jubiläen und anderen Anlässen, um Bilanzen zu ziehen – die wichtigsten und interessantesten möchten wir mit Ihnen, den Lesern der deutschsprachigen Version der Prager Dialoge, vor dem Sommer in der vorliegenden dritten deutschen Ausgabe teilen.

Im Frühjahr 2015 vergingen 25 Jahre seit der Neugründung der Tschechischen Sozialdemokratischen Partei (ČSSD) nach der Wende. Der Beschreibung ihrer Umstände widmet sich der Beitrag von Jan Gruber in dieser Ausgabe. Als eine Partei, die sich gleichzeitig seit einem Jahr in der Regierungsverantwortung befindet, beging die ČSSD im März auch ihren Parteitag. Sie finden in der Ausgabe einen Übersichtstext von Franziska Korn, Thomas Oellermann und Kateřina Smejkalová dazu sowie einen Kommentar von Heda Čepelová und Miroslav Jašurek, der sich mit den programmatischen Diskussionen der Sozialdemokraten beschäftigt. Eine Bilanz des ersten Jahres der Regierung unter dem sozialdemokratischen Premierminister Bohuslav Sobotka zieht Oto Novotný, sein politischer Berater.

Drei Artikel widmen sich näher einzelnen Aspekten der Regierungsarbeit: Anna Kárníková schreibt über die im Mai von der Regierung verabschiedete Aktualisierung der staatlichen Energiekonzeption, Jan Gruber bringt neue sozialdemokratische Gesetzesentwürfe im Bereich der Parteifinanzierung näher und Jaroslav Bican berichtet über die von der Regierung angeregte Konferenz zur Obdachlosigkeit.

Ein Bericht von Heda Čepelová widmet sich einer Diskussion über die Energieunion, die im April von der neu gegründeten Europäischen Plattform des sozialdemokratischen Think-tanks Masarykova demokratická akademie veranstaltet wurde.

Der Beitrag von Jan Šícha beschäftigt sich anlässlich seines 30-jährigen Jubiläums mit dem sogenannten Prager Aufruf, der bereits 1985 unter maßgeblicher Beteiligung des Dissidenten Jaroslav Šabata die Einheit Deutschlands und damit Europas forderte.

Die Ausgabe schließt mit einem Zitat aus dem Manifest der 2000 Worte, das 1968 von dem Schriftsteller und Journalist Ludvík Vaculík verfasst wurde. Das Zitat drucken wir aus dem traurigen Anlass des Todes von Ludvík Vaculík im Juni diesen Jahres ab.

Das Redaktionsteam wünscht Ihnen eine anregende Lektüre.

Die Autorin ist Mitarbeiterin der Friedrich-Ebert-Stiftung Prag und für die Prager Dialoge verantwortlich.

„Ein funktionierender und gerechter Sozialstaat“ 38. Parteitag der Tschechischen Sozialdemokratischen Partei

Franziska Korn,
Thomas Oellermann,
Kateřina Smejkalová

Nach vier Jahren Opposition beging die Tschechische Sozialdemokratische Partei (ČSSD) am 13. und 14. März 2015 in Prag ihren 38. Parteitag als Regierungspartei. Nach der durch einen Skandal gestürzten konservativ-liberalen Koalitionsregierung unter Premierminister Petr Nečas und dem kurzen Intermezzo einer durch Staatspräsident Miloš Zeman berufenen und im Amt gehaltenen Beamtenregierung war es im Oktober 2013 zu vorgezogenen Neuwahlen gekommen, aus denen die Sozialdemokraten zwar als Sieger hervorgingen, ihre eigenen Erwartungen aber nicht erfüllen konnten. Der Abstand zur zweitplatzierten Bewegung ANO des Unternehmers und Medienmoguls Andrej Babiš war außerordentlich knapp. Unter Hinzuziehung der Christdemokraten entstand eine Koalitionsregierung mit dem ČSSD-Vorsitzenden Bohuslav Sobotka an der Spitze, in der der Sozialdemokratie mit ANO ein nahezu gleich starker Partner gegenüber steht. Die Oppositionsparteien üben keinen nennenswerten Einfluss auf das Geschehen aus. Die Ergebnisse der Europawahlen im Mai 2014 sowie die im Oktober 2014 gleichzeitig abgehaltenen Kommunal- und Senatsteilwahlen brachten eine klare Bestätigung der Regierungskoalition. Obwohl die Koalition mangels Alternativen als relativ stabil gilt, war es in den letzten Monaten öfter zu Spannungen zwischen der ČSSD und ANO gekommen. Darüber hinaus erzielt ANO zur Zeit deutlich bessere Umfragewerte als die ČSSD.

Der Parteitag diente deswegen auch dazu, Sobotka und den sozialdemokratischen Minister_innen den Rücken zu stärken. In seinem Bericht betonte Sobotka, dass sich ein Großteil des eigenen Wahlpro-

gramms im Koalitionsvertrag wiederfinde. Er zählte zehn Punkte auf, die die sozialdemokratischen Minister_innen im ersten Jahr der Regierung „in kleinen Schritten“ umgesetzt hätten, unter anderem eine Anhebung des Mindestlohns oder eine Anpassung der Renten an die Inflationsrate. Eine stärkere Steuerprogression sei hingegen einem Koalitionskompromiss zum Opfer gefallen.

Sobotka hatte bei der Wahl zum Parteivorsitzenden keine Gegenkandidat_innen. In seiner Kandidatenrede betonte er die Notwendigkeit einer Öffnung der Partei gegenüber der Zivilgesellschaft und für externe Expert_innen und befürwortete eine Frauenquote von 40% bei Kandidatenlisten. Zudem äußerte er auch direkte Kritik gegenüber dem Koalitionspartner und dem autoritativen Führungsstil von Babiš innerhalb von ANO. Auch andere Delegierte stimmten dieser Kritik öffentlich zu. Sobotka wurde von den über 700 Delegierten mit 85% wiedergewählt. Hiermit sprach ihm die Partei deutlich das Vertrauen aus und bestätigte auch den Kurs der sozialdemokratischen Minister_innen in der Regierung.

Mit großer Spannung wurde die Wahl des 1. stellvertretenden Vorsitzenden erwartet, dem nach den Statuten eine deutlich größere Relevanz zukommt als den weiteren einfachen stellvertretenden Vorsitzenden. Zur Wahl stellten sich der Minister für Menschenrechte, Gleichstellung und Legislative Jiří Dienstbier, der Innenminister Milan Chovanec sowie Jeroným Tejc. Die beiden zuletzt Genannten waren im Anschluss an die Parlamentswahlen 2013 an einer versuchten Absetzung des Parteivorsitzenden Sobotka beteiligt, dennoch sprach sich der Parteivorsitzende vor der Wahl deutlich für die Wahl von Chovanec aus. Die Niederlage Dienstbiers als Vertreter des eher progressiven Flügels der Partei, galt demgegenüber bereits vor dem Parteitag als ausgemacht. Dienstbier unterlag mit 75 Stimmen bereits im ersten Wahlgang seinen Gegenkandidaten; auf eine Kandidatur zum einfachen stellvertretenden Vorsitzenden verzichtete er. Dienstbiers Position als Minister dürfte damit nicht bedroht sein und auch für die kommenden mehr als fünf Jahre ist ihm als Senatsmitglied eine einflussreiche Position in der Partei sicher. Zum 1. stellvertretenden Parteivorsitzenden wurde in der Stichwahl Chovanec gewählt, der eher einer konservativen Ausrichtung der Sozialdemokratie zugerechnet wird.

Bei der Wahl der fünf einfachen stellvertretenden Parteivorsitzenden traten verschiedene Fragen in den Vordergrund. Zum einen ging es auch hier um den Einfluss unterschiedlicher Parteiflügel. Zum anderen ging es darum, wie viele Frauen es in den Vorstand schaffen, bis dato war es immer nur eine gewesen. Ihre Position im Parteivorstand verteidigten Außenminister Lubomír Zaorálek und Martin Starec. Neu gewählt wurden die Arbeitsministerin Michaela Marksová, der Vorsitzende des Abgeordnetenhauses Jan Hamáček und Lenka Teska Arnoštová. Somit sind im Parteivorstand erstmalig zwei Frauen vertreten.

Am zweiten Tag des Parteitags standen inhaltliche Fragen im Vordergrund. Zunächst sollten die Ergebnisse eines Mitgliederentscheids in den Statuten verankert werden. Im Sommer 2014 hatten über 50% der Mitgliedschaft an einem Referendum teilgenommen und sich mehrheitlich dafür ausgesprochen, dass die Parteibasis mehr Einfluss auf die Zusammensetzung der Kandidatenlisten haben solle, dass diese (außer bei Europa- und Kommunalwahlen) zu mindestens 40% mit Frauen besetzt sein sollten und dass Parteimitgliedern die Häufung bezahlter Ämter und Funktionen untersagt werden solle. Da beim Entscheid alle Fragen sehr allgemein formuliert worden waren, wurde vor dem Parteitag heftig darüber diskutiert, wie die konkrete Einarbeitung dieser Punkte in die Statuten letztlich ausfallen würde; eine wirkungslose Umsetzung pro forma schien denkbar. Bei der Einschätzung des Ergebnisses insbesondere in Hinblick auf die Teilhabe der Parteibasis bei der Aufstellung der Listen gehen die Meinungen auseinander und es wird wohl einer Überprüfung in der politischen Praxis bedürfen.

Mit der Verabschiedung inhaltlicher Resolutionen hat die ČSSD ihren Charakter als sozialdemokratische Programmpartei unterstrichen. Unter dem Parteitag-Motto „Ein funktionierender und gerechter Sozialstaat“ finden sich Oberthemen wie wirtschaftliches Wachstum, sozialer Zusammenhalt und sichere Zukunft. Es wird sich zeigen, inwiefern dieses Parteiprogramm in der Auseinandersetzung mit der Bewegung ANO durchschlagen wird. Diese trat bislang weniger durch starke inhaltliche Positionierung in Erscheinung. Beim Parteitag selbst wurde der Programmatik allerdings recht wenig Zeit gewidmet, entsprechend kurze und wenig kontroverse Diskussion fanden diesbezüglich statt. Eine größere Programmkonferenz wurde stattdessen für Herbst 2015 angekündigt.

Staatspräsident Miloš Zeman, früher Mitglied der ČSSD, war zum Parteitag nicht eingeladen worden. Mit einer durchaus scharfen Kritik an der Regierung trat Josef Středula, der Vorsitzende des größten Gewerkschaftsdachverbandes ČMKOS, auf, trotz eines

verstärkten sozialen Dialogs seitens der Regierung. Auf dem Parteitag kamen zudem zahlreiche ausländische Gäste zu Wort, unter anderem auch Martin Dulig, Sächsischer Staatsminister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr sowie stellvertretender Ministerpräsident des Freistaats Sachsen.

Der Parteitag hat den sozialdemokratischen Ministern unter Bohuslav Sobotka den Rücken gestärkt. Die tschechische Sozialdemokratie hat sich als Einheit präsentiert, was nach der versuchten Absetzung Sobotkas im Anschluss an die Parlamentswahlen des Jahres 2013 kaum denkbar gewesen war.

Die Autorinnen und der Autor arbeiten bei der Friedrich-Ebert-Stiftung Prag.

Programmresolution des 38. Parteitags der ČSSD: In guten wie in schlechten Zeiten

Heda Čepelová, Miroslav Jašurek

Die Programmdiskussion auf dem ČSSD-Parteitag bewegte sich größtenteils im Rahmen der aktuellen Regierungspolitik. Wenn einige konkrete Maßnahmen besonders hervorgehoben wurden, war das wohl eher den Ambitionen der einzelnen Mitglieder des Regierungskabinetts zuzuschreiben. Dass die Diskussion innerhalb der Partei jedoch durchaus tiefere und breitere Dimensionen aufweist, war neben der Arbeit an der Resolution auch aus der auf dem Parteitag geführten Debatte ersichtlich.

Programm oder Ambitionen der Regierung?

Die Programmresolution, die auf dem 38. Parteitag der ČSSD verabschiedet wurde, konnte sich im Wesentlichen auf einen allgemeinen Konsens stützen. Ihr war jedoch eine Debatte vorausgegangen, in der viele unterschiedliche Themen angesprochen und detailliert diskutiert worden waren. Das sagt auf der einen Seite einiges darüber aus, inwieweit die älteste tschechische demokratische politische Partei in der Lage ist, Expertenwissen auf einer relativ breiten Basis zu erhalten, und auf der anderen Seite wird ersichtlich, wie anspruchsvoll doch die Aufgabe ist, die einzelnen technischen Lösungen so miteinander zu verknüpfen, dass im Endeffekt ein verständliches Programm entsteht, aus dem der sozialdemokratische Gedanke klar zum Ausdruck kommt.

Zum Bindeglied des Programms gestalteten sich schließlich die Prioritäten, die sich die ČSSD in Ver-

bindung mit ihrer Politik in der Regierungskoalition und den Agenden ihrer Ministerinnen und Minister gesetzt hat. Zu den Schritten, die in der aktuellen Arbeit der Regierung Vorrang haben, gehören gezielte Interventionen in die Wirtschaft: die Inanspruchnahme europäischer Mittel, die Neuregelung der Baugesetzgebung, strategische Entscheidungen in der Energiepolitik, die Erhöhung der Löhne und die Förderung des öffentlichen Sektors.

Progressive Partei der Arbeit und des Staates

Eine spezielle Rolle nehmen in diesen Plänen die Schaffung von Sozialwohnungen und gemeinnütziger Krankenhäuser ein. Beide Vorhaben setzen voraus, dass wichtige gesetzliche Regelungen durchgesetzt werden, die den staatlichen und öffentlichen Sektor dahingehend stärken sollen, dass ihm Kapazitäten zuerkannt werden, die heute typischerweise vom kommerziellen Sektor dominiert werden. Es geht darum, Wohnungen und medizinische Betreuung sicherzustellen, ohne dass diese unbedingt und ausschließlich nur der Logik des maximalen Profits auf Seiten des Leistungserbringers untergeordnet sind.

Die Sozialdemokratie akzentuiert als Partei, die die Interessen der Erwerbstätigen vertritt, auch eine ganze Reihe von Maßnahmen, die zur Verbesserung der rechtlichen Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt beitragen sollen: Regulierung der Leiharbeit, Einführung eines ersatzweisen staatlichen Unterhalts, Wiedereinführung der Krankengeldzahlung in den ersten drei Krankheitstagen, Festlegung einer Obergrenze für den Eintritt ins Rentenalter, stärkere Aufsicht über Gerichtsvollzieher und Kreditgeber, die nicht Banken sind.

Der auf Europa und die Integration bezogenen Ausrichtung des sozialdemokratischen Programms wurde diesmal in der Resolution ein eigenständiges Kapitel zum Thema „Sichere Zukunft“ gewidmet. Die Hervorhebung friedlicher, diplomatischer und politischer Lösungen für eskalierende Spannungen stellt die progressive Orientierung in der ČSSD unter Beweis, die sich bewusst ist, dass das Thema Sicherheit für die Tschechische Republik nach nunmehr fünfundzwanzig Jahren in Form von Diskussionen, in die das Land als nicht direkt Betroffener einbezogen ist – sei es hinsichtlich der Flüchtlingskrise im Mittelmeer, der Gefahr des internationalen Terrorismus oder des Ukraine-Konflikts – wieder auf der Tagesordnung steht.

Das geringe Interesse der tschechischen Gesellschaft – wohlgerneht nicht der tschechischen Sozialdemokratie, wie weiter oben bereits dargestellt wurde, – sowie die stark hervortretenden sozialen Probleme, die durch überzogene neoliberale Reformen und Kürzungen der öffentlichen Haushalte

entstanden sind, sind eine Folge der vorherigen konservativen Regierungen. Die Wahrnehmung dieser sozialen Spannungen hat in den zurückliegenden drei Jahren einen deutlich fremdenfeindlichen und rassistischen Charakter angenommen. Von den bedrohlichen Märschen gegen Roma in Duchcov, Varnsdorf, České Budějovice und Ostrava, auf denen feindliche Gesinnungen zur Schau getragen wurden, führt der direkte Weg zu Demonstrationen gegen Angehörige des Islams und gegen Flüchtlinge. Die Laxheit, die von der Politik in den zurückliegenden acht Jahren an den Tag gelegt wurde, hat ein dem Populismus zuträgliches Umfeld geschaffen. Diesem kann die Sozialdemokratie nur mit sachlicher Diskussion über konkrete Probleme die Stirn bieten. Je konkreter, umso besser und wirksamer gegen den Populismus.

Bleibt der Slogan „Ja, es wird besser“ ein Papiertiger?

In der auf dem Parteitag verabschiedeten Resolution wird auch die Absicht angesprochen, den pädagogischen Assistenten an Grund- und Mittelschulen eine wesentlich wichtigere Rolle beizumessen, denn dieser Schritt sei Grundvoraussetzung für die Schaffung von Bedingungen für eine wirkliche gesellschaftliche Inklusion. Die Sozialdemokratie bekennt sich ebenfalls stolz dazu, dass das Bildungswesen eine ihrer Prioritäten darstellt. Das wäre an und für sich nichts Neues, wenn da nicht die Erklärung des Ministerpräsidenten Bohuslav Sobotka wäre, dass sich diese Priorität diesmal auch in den Strukturen der Staatsausgaben widerspiegeln müsse.

Der Staatshaushalt für 2016 stellt zweifelsohne den Hauptbezugspunkt der Programmresolution dar. In diesem Zusammenhang wird kurz und bündig auf die Verpflichtung der Regierungskoalition hingewiesen, Einsparungspotenzial zu suchen und vor allem die ordnungsgemäße Steuereintreibung sicherzustellen. Dieser Plan kann im Laufe dieses Jahres in Konflikte von unerwartetem Ausmaß auszuwachsen. Auch hier setzen die Sozialdemokraten auf eine sachliche und konkrete Debatte: Populistische Aussagen in dem Sinne, dass man Steuerbetrügern und Steuerhinterziehern auf die Finger klopfen müsse, seien zwar schön und gut, aber reichen alleine nicht aus, um das Geld tatsächlich einzutreiben, das der Staat schon im nächsten Jahr dringend brauchen wird. Anderenfalls muss die Sozialdemokratie auf die im Koalitionsvertrag verankerte Möglichkeit der Steuererhöhung oder der Einführung neuer Steuern zurückgreifen.

Mit ihrer Überschrift „Ein funktionierender und gerechter Sozialstaat“ knüpft die Resolution an den erfolgreichen Wahlslogan der Sozialdemokratie vor den letzten Parlamentswahlen an: „Durchsetzung

eines funktionierenden Staates“. Dumm ist nur, dass der knappere und treffendere Wahlslogan der Bewegung von Andrej Babiš „ANO“ (Ja), Koalitionspartner und politischer Rivale der Sozialdemokratie, „Ja, es wird besser“ der zweitfolgreichste Wahlslogan war. Umso wichtiger ist politisches Handeln, und das auch angesichts der Ergebnisse von Meinungsumfragen, in denen praktisch seit Beginn der Regierungskoalition die zweitstärkste Kraft, die Bewegung ANO, mit 30 % der Wählerstimmen stabil vor der Sozialdemokratie liegt. Die Sozialdemokraten bekommen in den Umfragen beständig um die 25 % der Wählerstimmen. Mit ihrer Resolution möchte die Sozialdemokratie nicht nur ihren Koalitionspartnern, sondern auch der Öffentlichkeit klar zeigen, welche konkreten Punkte ihres Programms sie bis zum Ende der Legislaturperiode noch durchsetzen will.

Ende einer Politik des Stammtisches und Zigarettenqualms als Keimboden für Populismus und Fremdenfeindlichkeit

In ihrem strategischen Ausblick zielt die Programmresolution auf die Parlamentswahlen im Jahr 2017 ab, aus denen die ČSSD zweifelsohne als Sieger hervorgehen und den Posten des Ministerpräsidenten verteidigen möchte. In dieser Hinsicht ist es wichtig, dass die Verpflichtung, um das Jahr 2020 die gemeinsame europäische Währung einzuführen, hier erneut bekräftigt wurde. Dieser Gedanke stößt jedoch weder in der bestehenden Koalition, noch in der Öffentlichkeit in der Tschechischen Republik auf Begeisterung. (Einigen Umfragen zufolge sind zur Zeit 85 % der Bevölkerung der Tschechischen Republik gegen die Einführung des EURO.) Für die Sozialdemokratie bedeutet dies, dass sie ihre Position in der Regierung nutzen muss, um die Vorteile der europäischen Währungsintegration sowie die gegenwärtige Dynamik in der Währungsunion detailliert zu erläutern.

Nicht zuletzt sei in diesem Kontext auch der Teil des Programms ausführlicher beleuchtet, der sich mit der Stärkung bzw. der Verteidigung des demokratischen Umfelds beschäftigt, – sei es nun konkret hinsichtlich der Regulierung politischer Parteien und der öffentlich-rechtlichen Medien, oder allgemein hinsichtlich der Ablehnung von Extremismus, Populismus, Oligarchisierung der Gesellschaft und zur Unterstützung der Zivilgesellschaft. An dieser Stelle sei daran erinnert, dass auch der ehemalige Präsident der Tschechischen Republik Václav Klaus ein großer Verfechter der Rolle politischer Parteien war. Wenn man aber politische Parteien mit der Zivilgesellschaft sozusagen „in einen Topf“ wirft und sie gemeinsam gar noch als Pfeiler der Demokratie bezeichnet, verliert man mit Sicherheit an Unterstützung

Den Sozialdemokraten geht es vor allem darum, die Rolle der politischen Parteien bzw. der parteipolitischen Arbeit qualitativ anzuheben und aus dem Milieu der Stammtischdebatten herauszulösen. Symbolisch steht hierfür auch eine ganz konkrete Maßnahme, die sich im sozialdemokratischen Programm findet: wie in anderen Ländern soll an den besagten Stammtischen das Rauchen verboten werden.

Die Autorin und der Autor sind Mitglieder von Masarykova demokratická akademie.

Vorteile, die die Sozialdemokratie als älteste und erfahrenste tschechische politische Partei hat, voll nutzen

Oto Novotný

Seit der Sozialdemokrat Bohuslav Sobotka vor mehr als einem Jahr die Regierung übernommen hat, haben sich die Verhältnisse in der Tschechischen Republik deutlich verändert. Vor allem die politische Lage hat sich beruhigt und stabilisiert. Das Land hat eine Regierung bekommen, in der Parteien links und rechts von der Mitte vertreten sind und – auf Wunsch der Wähler – quer durch das gesamte politische Spektrum gehen. Wenn man davon ausgeht, dass in dieser Regierung die beiden momentan stärksten politischen Kräfte vertreten sind – die ČSSD, die links von der Mitte steht, und die Bewegung ANO, die rechts von der Mitte steht, – könnte man diese Regierung auch als eine Große Koalition bezeichnen. Wenn man berücksichtigt, dass in der Regierung die üblichen politischen Strömungen vertreten sind, d.h. Sozialdemokraten, Liberale und Christdemokraten, ließe sie sich auch als „farbige“ (rot-gelb-schwarze) Regierung charakterisieren. Es ist deshalb nicht verwunderlich, dass es in den Beziehungen zwischen politisch so unterschiedlich orientierten Kräften manchmal „Krach“ gibt. Im Vergleich zu den vorhergehenden Koalitionen überwiegt in dieser Regierung jedoch der Wille zum Zusammenhalt. Potenzielle Tendenzen, die zu einem Auseinanderbrechen der Regierung führen könnten, werden im Wesentlichen durch fünf Faktoren im Zaum gehalten.

Erstens ist jeder Koalitionspartei sehr bewusst, dass es zu dieser Regierung – auch nach dem ersten Jahr ihrer Arbeit – keine Alternative gibt. Gäbe es jetzt Wahlen, wäre es mit größter Wahrscheinlich-

keit so, dass eine neue Regierung auch wieder im Rahmen der heute bestehenden Koalition gebildet würde.

Zweitens: Selbst wenn es in der Bewegung ANO die Versuchung gäbe, vorzeitige Wahlen zu provozieren – denn diese Partei hat gegenwärtig bei den Wählerinnen und Wählern den größten Zuspruch und somit eine echte Chance, diese Wahlen zu gewinnen – ist der Vorsprung vor der zweitstärksten Partei, der ČSSD, wiederum nicht so groß, als dass vorgezogene Wahlen nicht für sie auch ein relativ großes Risiko darstellen würden. Die Mehrheit der Bürger ist nach den vielen Jahren politischer Turbulenzen dankbar für die derzeitige politische Stabilität und wünscht sich keine vorgezogenen Wahlen, die das Land wieder in politische Unsicherheit stürzen würden.

Drittens: Mit der Arbeit der Regierung und ihren beiden wichtigsten Repräsentanten – Ministerpräsident und Finanzminister – sind die Bürger im Großen und Ganzen zufrieden, und dies ist eine Situation, die in den zurückliegenden zwanzig Jahren wahrlich nicht oft vorgekommen ist. In öffentlichen Meinungsumfragen bewerteten die Befragten die Arbeit der Regierung am schlechtesten mit der Note „drei“.

Viertens: Für Ministerpräsident Sobotka stellt die konsequente Erfüllung des Regierungsprogrammes das wesentlichste Merkmal und Symbol seiner Regierungsarbeit dar. Mittels der Regierung zur Verfügung stehenden Verhandlungsmechanismen gelingt es ihm, auch die anderen Koalitionspartner dazu zu zwingen, zu diesem Programm zu stehen; eventuelle Ausweichmanöver würden dem Ansehen ihrer Parteien schaden. Die ČSSD ist die Partei, die die meisten Punkte aus ihrem Wahlprogramm in das Programm der Koalitionsregierung durchsetzen konnte. Das erklärt natürlich auch ihr eminentes Interesse an der Erfüllung des Regierungsprogramms. Das Interesse der christdemokratischen KDU-ČSL basiert darauf, dass sie nach Jahren des politischen „Ausschlusses“ nun wieder die Chance hat, über die Regierung eine Reihe eigener Prioritäten durchzusetzen. Die Bewegung ANO ist dem „sozialdemokratischen Regierungsprogramm“ – obwohl sie ihm gegenüber einige Vorbehalte hat – deshalb verpflichtet, da sie im Wahlkampf die etablierten Parteien scharf dafür kritisiert hat, dass diese ihre Wahlversprechen nicht eingehalten hätten. Auf dieser Kritik bzw. auf der Aussage, dass ANO Versprechen einhalten werde, fußte ihre Position.

Fünftens: Eine wichtige Unterstützung für die politische Stabilität und Kohäsion ist auch in der im Vergleich zur Vergangenheit noch nie dagewesenen

beispielhaften Teilnahme von Gewerkschaften und Arbeitnehmerverbänden an der Regierungspolitik im Rahmen der trilateralen Verhandlungen zu sehen. Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände schätzen diese Zusammenarbeit sehr. Auch sie haben ein grundsätzliches Interesse am Bestehen dieser Regierung und daran, im Rahmen der trilateralen Verhandlungen Einfluss auf strategische Entscheidungen der Regierung zu nehmen.

Entscheidender Faktor für die politische Stabilisierung des Landes sind jedoch die verbesserten Bedingungen für die einheimische Wirtschaft durch das Abklingen der internationalen Finanzkrise und durch die von der Regierung betriebene Wirtschaftspolitik, die Investitionen und die Schaffung von Arbeitsplätzen fördert. Nach vielen Jahren verzeichnet das Land wieder Wirtschaftswachstum. Das BIP stieg 2014 um 2,4%. In diesem Jahr soll sich das Wachstum – Schätzungen der Tschechischen Nationalbank und des Finanzministeriums zufolge – der 3%-Grenze nähern.

Mit der Schaffung von Arbeitsplätzen, der Wiedereinführung einer Reihe von Sozialmaßnahmen sowie einem verbesserten Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen werden den Bürgern elementare soziale Sicherheiten zurückgegeben. Dies sind die Hauptfaktoren, die in der Bevölkerung für eine relativ hohe allgemeine Zufriedenheit mit der Regierung sorgen.

Die Regierung hat die Tariflöhne der Beschäftigten im Gesundheitswesen und in den sozialen Diensten, den Mindestlohn sowie die Renten erhöht. Diese waren während der vergangenen Regierungen stagniert und das reale Lebensniveau dieser Bevölkerungsgruppen hatte sich verschlechtert. Die Regierung plant eine regelmäßige Erhöhung des Mindestlohnes, um Arbeitslose besser zur Arbeitssuche zu motivieren, und die regelmäßige Hebung der Rente, jeweils ausgehend von der Inflationsrate, um zu verhindern, dass große Gruppen von Altersrentnern in die Altersarmut abrutschen. Außerdem hat die Regierung Steuervergünstigungen für arbeitende Rentner wieder eingeführt und das sog. Gesetz über Hilfe in materieller Not neugefasst, um bei der Vermietung von Wohnungen den faktischen Missbrauch der Notlage der Mieter zu unternehmerischen Zwecken zu verhindern. Ebenfalls wurde ein sog. zweiter reduzierter Mehrwertsteuersatz von 10% eingeführt, der dazu führte, dass Medikamente, Bücher, Kindernahrung und Rohstoffe zur Herstellung von glutenfreien Lebensmitteln billiger wurden.

Ein wunder Punkt der Tschechischen Republik ist nach wie vor die Korruption und das traditionell geringe Vertrauen in staatliche Institutionen. Mit

der Verabschiedung eines neuen Beamtengesetzes hat die Regierung einen entscheidenden Schritt zu einer Verbesserung getan. Das neue Gesetz stellt an die Arbeit von Beamten höhere fachliche und ethische Anforderungen und vergrößert ihren Schutz vor politischen Einflüssen.

Auch im zweiten Jahr ihrer Tätigkeit will die Regierung weiter an der Erfüllung ihres Programms arbeiten. In allernächster Zeit will sie das Gesetz über die Umsatzerfassung verabschieden, das in einem wesentlichen Maße zur Eindämmung wirtschaftlicher Grauzonen und zu einer effektiveren Steuereintreibung, insbesondere von Einkommens- und Mehrwertsteuer, beitragen soll. Kurz vor seiner Fertigstellung steht das Gesetz über den Nachweis der Herkunft von Vermögen. Dessen Grundziel besteht darin, Vermögen zu identifizieren, die in einem offensichtlichen Missverhältnis zum Einkommen stehen, das vom Steuerzahler in seiner Steuererklärung ausgewiesen wird, und soll die nachträgliche Besteuerung von Einkünften, die nicht offengelegt wurden, ermöglichen. Dieses Gesetz bezieht sich sowohl auf Firmen als auch auf Privatpersonen. Darüber hinaus ist ein Gesetz über die Versteuerung von Glücksspielen in Vorbereitung, wodurch es zu einer doppelt so hohen Versteuerung kommen soll.

Zur Stärkung des Sozialstaates will die Regierung auch weiterhin den Mindestlohn erhöhen, sowie ein Gesetz über Sozialwohnungen, ein Gesetz über gemeinnützige Krankenhäuser, durch das die Privatisierung weiterer Gesundheitseinrichtungen verhindert werden soll, und ein Gesetz über den Unterhaltsvorschuss annehmen, nach dem der Staat Unterhaltszahlungen übernimmt, wenn der Unterhaltungspflichtige nicht nachgekommen wird, wobei diese Zahlungen anschließend von den Unterhaltungspflichtigen eingefordert werden. Die Regierung plant außerdem noch zwei Rechtsnormen, und zwar eine Novellierung des Gesetzes über Gerichtsvollzieher, durch die das Risiko des Abgleitens in die Armut verringert werden soll, und eine Novellierung des Gesetzes über Verbraucherkredite, das den Zinswucher eindämmen soll.

Was die Flüchtlingsströme nach Europa angeht, so ist sich die Regierung bewusst, dass die Tschechische Republik nicht abseits stehen kann und bei der Lösung dieses Problems ihren Teil der Verantwortung übernehmen muss. Damit jedoch die Öffnung der europäischen Länder nicht zu ihrer politischen, wirtschaftlichen und sozialen Destabilisierung führt, muss die Flüchtlingspolitik auf gesamteuropäischer Ebene strategisch koordiniert werden. Der sozialdemokratische Ministerpräsident und die sozialdemokratischen Minister sind der Ansicht, dass die EU in dieser Hinsicht ihre

Instrumente der Kohäsionspolitik neu überdenken muss. Es wird nur kaum möglich sein, Flüchtlinge erfolgreich in die europäischen Gesellschaften zu integrieren, wenn diese infolge der neoliberalen Politik in den letzten Jahrzehnten selber auf dem Wege zur Desintegration sind. Wenn verhindert werden soll, dass durch die Flüchtlingsströme in Europa immer mehr Ghettos für Flüchtlinge und Minderheiten entstehen, muss mit der neoliberalen Politik ein für alle Mal definitiv Schluss gemacht und die Kohäsionspolitik der Mehrheitsgesellschaft gestärkt werden. Das heißt mit anderen Worten: die soziale Integration der Minderheit muss mit der sozialen Integration der Mehrheit einhergehen. Die Sozialdemokratie ist der Meinung, dass Europa somit vor der Herausforderung steht, den Integrationsprozess auf der Basis starker Sozialstaaten und einer wirksameren politischen Regulierung der wirtschaftlichen Globalisierung zu vertiefen. Diese Frage hängt übrigens nicht nur mit der Lösung der Masseneinwanderung zusammen, sondern auch mit den globalen ökonomischen Ursachen, die zu diesen Migrationsströmen geführt haben, und schließlich und endlich auch mit der Lösung der Griechenland-Krise.

Die Regierung der Tschechischen Republik ist sich bewusst, dass der Konflikt zwischen Russland und der Ukraine heute die größte Gefahr für den Zusammenhalt Europas darstellt. Die Haltung der Regierung zur Lösung dieses Konflikts deckt sich im Allgemeinen mit der der Europäischen Union und stellt eine diplomatische Lösung unter Einbeziehung aller wichtigen Beteiligten – der Ukraine, Russlands, der EU, der OSZE, der NATO, den USA und der UNO – in den absoluten Vordergrund. Ziel ist es, die territoriale Integrität der Ukraine in den heutigen Grenzen zu wahren und das Recht des Landes zu erhalten, selbst über seine innenpolitische Entwicklung zu entscheiden – wie es letztendlich auch von der Vereinbarung „Minsk II“ garantiert wird. Eine große Frage ist allerdings, inwieweit es gelingen wird, diese Vereinbarungen überhaupt umzusetzen. In dieser Richtung können heute keine möglichen Entwicklungen ausgeschlossen werden, ja nicht einmal die schlimmsten. Die tschechische Regierung behält jedenfalls ihren proeuropäischen und demokratischen Kurs unbeirrt bei und ist auf diese möglichen Entwicklungen vorbereitet.

Die politische Entwicklung in der Tschechischen Republik wird natürlich durch die Stellung der einzelnen politischen Parteien bestimmt. Die Entwicklung seit Ende 2009 kann als Auflösung des bipolaren Parteiensystems interpretiert werden. Dieses System hatte sich in den neunziger Jahren durch die dominierende Stellung zweier politischer Parteien – auf der linken Seite des Spektrums die

sozialdemokratische ČSSD und auf der rechten Seite die bürgerlich-demokratische Partei ODS – eingebürgert. Der Anfang vom Ende des bipolaren Parteiensystems kam im Oktober 2009 mit dem Verzicht auf vorgezogene Wahlen, in denen beide Parteien noch die Chance gehabt hätten, mit hohem Vorsprung vor den anderen Parteien Wahlsieger oder Zweiter zu werden (ähnlich wie in den Wahlen 1996, 1998, 2002, 2006). Anders gesagt: sie hätten zu führenden Regierungsparteien oder zu führenden Oppositionsparteien werden können. Der Niedergang des bipolaren Parteiensystems zeigte sich auch in den vorgezogenen Parlamentswahlen 2013, bei denen die Parteien, die bisher immer auf dem ersten und zweiten Platz lagen, eine weitere Schlappe einstecken mussten, indem die ODS, 2010 auf Platz zwei, von der neu gegründeten politischen Bewegung ANO unter der Führung ihres charismatischen Chefs Andrej Babiš abgelöst wurde.

Die letzten Umfragen fast aller relevanten Agenturen weisen eine allmähliche Annäherung der Werte von ANO und der ČSSD aus, bzw. einen leicht verbesserten Umfragewert der ČSSD und einen leichten Rückgang bei ANO. Ob es sich dabei um einen langfristigen Trend handelt, wird sich noch zeigen. Aus der relativ hohen Zufriedenheit der Wähler mit der Regierung konnte auf jeden Fall bisher die Bewegung ANO und Andrej Babiš mehr politisches Kapital schlagen als die ČSSD und der Ministerpräsident selbst.

Die Entwicklung auf der parteipolitischen Szene wird also demzufolge vor allem davon abhängen, in welchem Verhältnis und wie stark ČSSD und ANO Wähler werden gewinnen können.

Bei den nächsten Parlamentswahlen wird die Tragfähigkeit der wahrscheinlichsten Szenarien der parteipolitischen Entwicklung in der Tschechischen Republik in den kommenden Jahren auf den Prüfstand gestellt. Es gibt vier mögliche Szenarien:

1. Zerfall des bipolaren Parteiensystems

– Variante A

Die Bewegung ANO entwickelt sich zur einzigen dominierenden politischen Kraft in der Tschechischen Republik. Während ANO seine dominierende Position rechts von der Mitte stabilisieren kann, büßt die ČSSD ihre dominierende Stellung links von der Mitte definitiv ein. Die ČSSD wird das gleiche Schicksal treffen wie die ODS, und sie wird zwischen die politischen Outsider abgleiten.

2. Zerfall des bipolaren Parteiensystems

– Variante B

Der Bewegung ANO gelingt es nicht, ihre jetzige dominierende Position rechts von der Mitte zu stabilisieren, und sie büßt an Stärke ein; auch

die ČSSD verliert endgültig ihre dominierende Position links der Mitte und wird schwächer. Beide Parteien liegen in den Wahlergebnissen zwar vor den anderen Parteien, ihr Vorsprung ist aber nicht groß genug (Wahlergebnisse ähnlich wie bei den Parlamentswahlen 2010, 2013).

3. Zerfall des bipolaren Parteiensystems

– Variante C

Der Bewegung ANO gelingt es nicht, ihre jetzige dominierende Position rechts der Mitte zu stabilisieren, und sie büßt an Stärke ein; der ČSSD gelingt es hingegen, die Position der dominierenden Partei links der Mitte zurückzuerobieren.

4. Erneuerung des bipolaren Parteiensystems

Die ČSSD erobert ihre dominierende Stellung links der Mitte zurück und die Bewegung ANO kann ihre vorherrschende Stellung rechts der Mitte stabilisieren. Damit wäre das bipolare System zweier sich konkurrierender Parteien wiederhergestellt, so wie es in den Jahren 1996 – 2009 bestand. (Mitte-links / Mitte-rechts-Koalitionsregierungen jeweils unter der Führung von ČSSD bzw. Bewegung ANO wechseln sich ab.)

Wenn wir uns diese einzelnen Szenarien aus dem Blickwinkel der Interessen und der Präferenz der ČSSD ansehen, ist klar, dass es in ihrem Interesse ist, entweder Szenario 3 oder Szenario 4 durchzusetzen, d.h. ein Szenario, in dem die ČSSD die dominierende Rolle links der Mitte spielt, aus den Parlamentswahlen als Sieger hervorgeht und die Regierung stellt, oder klarer Anführer der Opposition bleibt. Im Interesse der Bewegung ANO läge die Umsetzung von Szenario 1 oder 4.

Beide politische Parteien wollen in dieser Hinsicht nichts dem Zufall überlassen. Ob es die ČSSD schaffen wird, ihr Wählerpotenzial entsprechend zu stärken, wird davon abhängen, in wieweit es ihr gelingen wird, die normale, solide Parteipolitik in den Augen der Öffentlichkeit zu rehabilitieren und ihre Vorteile, über die sie als älteste und erfahrene tschechische politische Partei verfügt, voll zu nutzen.

Der Autor ist politischer Berater des Ministerpräsidenten der Tschechischen Republik und Sekretär des Koalitionsrates der Regierung der Tschechischen Republik.

**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG

Tschechischer Premierminister Bohuslav Sobotka zum zweiten Staatsbesuch in Berlin



Der sozialdemokratische Premierminister Bohuslav Sobotka hat am 4. Mai 2015 zum zweiten Mal Berlin besucht. Auf dem Programm standen Gespräche mit Bundeskanzlerin Angela Merkel, ein Treffen mit deutschen Investoren, ein Gedenkakt für NS-Opfer in der Gedenkstätte Topographie des Terrors, ein Treffen mit dem Vizekanzler und SPD-Vorsitzenden Sigmar Gabriel sowie ein Vortrag unter dem Titel „Europa am Scheideweg“ an der Humboldt-Universität.

Vertrauen in die Politik

Jan Gruber

Die Regierung der Tschechischen Republik bereitet zwei grundsätzliche Gesetzesnovellen zur Reformierung der Wirtschaftsführung und Finanzierung politischer Parteien vor. Diese Gesetzesnovellen sollen nicht nur Geldverschwendung entgegenwirken, sondern auch zu einer Politik beitragen, für die sich die Bürger nicht schämen müssen und der sie vertrauen können.

Die Unzufriedenheit mit der Politik und die Frustration der Bürger ist mit dem Amtsantritt der Regierung von Ministerpräsident Bohuslav Sobotka zurückgegangen, doch das Vertrauen in die Politik und die politischen Parteien ist trotzdem noch immer nicht besonders hoch. Die Unterstützung der traditionellen politischen Parteien bei Wahlen ist langfristig auf dem absteigenden Ast, und immer wieder geben die Wähler kurzlebigen Marketing-Projekten Chancen.

Die Menschen erachten die Politik nach wie vor als schmutziges Geschäft, von dem man lieber die Finger lässt. Ein Grund dafür, warum die Politik den

Eindruck macht, dass sie durch und durch von Korruption durchdrungen ist, ist das wenig transparente und verschwenderische System der Finanzierung und der Wirtschaftsführung der politischen Parteien.

Es ist jedoch notwendig, das Vertrauen in die Politik wieder herzustellen. Ohne Politik gibt es keine vernünftige Verständigung über das Leben in der Gesellschaft. Politik darf nicht weiter nur als Weg zu Macht und Geld aufgefasst werden, sondern muss als Verhandlungsprozess zur Durchsetzung einzelner Interessen verstanden werden. Gäbe es keine Politik, würde immer nur der Stärkere, Mächtigere und Reichere gewinnen.

Die Änderung der Finanzierung und Wirtschaftsführung der politischen Parteien kann ein Schritt dazu sein, um das Vertrauen der Bürger in die Politik zurückzugewinnen. Genau das ist das Ziel der Gesetzesentwürfe über den Zusammenschluss in politischen Parteien und Bewegungen und über die Wahlen, die von Innenminister Milan Chovanec in Zusammenarbeit mit dem Minister für Menschenrechte, Chancengleichheit und Legislative Jiří Dienstbier, vorbereitet wurden.

Beiden Gesetzesentwürfen liegen zwei Prinzipien zugrunde: das erste ist Transparenz, das zweite ist

die Einschränkung der Geldverschwendung. Die Entwürfe rechnen mit der Einführung von Limits für Wahlkampagnen sowie für Geschenke von juristischen und natürlichen Personen. Obwohl es nicht gelungen ist, das vollständige Verbot des Sponsorings von Parteien und Bewegungen durch juristische Personen durchzusetzen, handelt es sich doch – im Vergleich zur bestehenden Situation, in der Parteien leicht zu Marionetten in den Händen der Mächtigen werden und für Geld deren Interessen vertreten können – um einen Schritt nach vorn.

Die bisherige Intransparenz des Systems könnte durch die Einführung der Pflicht zur Führung transparenter Wahlkampfkonten, über die sämtliche Finanztransaktionen ablaufen müssen, verbessert werden. Um das gleiche Ziel geht es auch bei der Änderung der Struktur der Geschäftsberichte, in denen die tatsächlichen Geldflüsse dargestellt werden müssen. Die Aufsicht über das gesamte System der Wirtschaftsführung und Finanzierung von Parteien und Bewegungen soll einer neuen Verwaltungsbehörde obliegen, die auch berechtigt sein soll, für die Verletzung der Regeln hohe Geldstrafen aufzuerlegen.

Die Versuche, das Vertrauen der Bürger in die Politik wiederherzustellen, können sich jedoch nicht auf bloße technokratische Lösungen beschränken. Parteien, die ihr Geld nicht verschwenden und eine ordentliche Buchführung haben, sind sicher attraktiver als korrupte und verschuldete. Wenn sie jedoch nichts anderes anzubieten haben, ist kaum zu erwarten, dass sie in größerem Maße Wähler ansprechen werden.

Gerade auf die Unterstützung von Debatten zu Parteiprogrammen und auf die ideelle Verankerung der Parteien zielt eine der Teilmaßnahmen aus der Gesetzesvorlage über den Zusammenschluss in politischen Parteien ab. In ihr wird nämlich die Entstehung sog. Politischer Institute vorgeschlagen, die sich unter der Bezeichnung Politische Stiftung nicht nur in unserem Nachbarland Deutschland bewährt haben.

Die politischen Institute sollen zur Unterstützung der einzelnen ideellen Strömungen wirksam werden und zur politischen Bildung der Bevölkerung und Aufklärung über Prozedere und Unterschiede zwischen den einzelnen politischen Richtungen beitragen. Sie sollen mit ihrer Tätigkeit bei der Verbesserung der Qualität der gesellschaftlichen Diskussion und der politischen Kultur helfen und mit Seminaren, Gesprächen, Vorträgen, Konferenzen, Publikations- und Bildungsaktivitäten zur Stärkung der Demokratie, zur Stabilität des Systems, zur Meinungsppluralität und zum Schutze der Menschenrechte beitragen. Solche politischen Institute

könnten tatsächlich zur Rehabilitation der Rolle der Politik und der politischen Parteien in der Gesellschaft einen wesentlichen Beitrag leisten.

Der Autor ist Publizist.

Steigende Anzahl von Menschen ohne Obdach als Botschaft über den Zustand unserer Gesellschaft

Jaroslav Bican

Nur wenige gesellschaftliche Erscheinungen sind derart kompliziert und komplex wie die Obdachlosigkeit. Auf sie hat fast jeder Teil des Lebens der Gesellschaft Einfluss, sei es die Sozialpolitik, das Schulwesen, das Gesundheitswesen, die Familie, der Arbeitsmarkt, die Wirtschaft, die Rechtsverhältnisse oder das unmittelbare Leben in den Städten und Gemeinden.

Der Sammelband der Konferenz zur Obdachlosigkeit, die im November letzten Jahres im Abgeordnetenhaus stattfand, führt konkrete Beispiele an, wie die Gesellschaft selbst mit ihrer Gestalt und Funktionsweise dazu beiträgt, dass Obdachlosigkeit entsteht:

„Unter den Menschen ohne Obdach gibt es einen großen Anteil derjenigen, die aus staatlich gesteuerten Institutionen entlassen werden, Menschen, die aus dem Haftvollzug oder aus Heilanstalten zurückkehren, aber insbesondere junge Menschen aus Kinderheimen, nachdem sie das Erwachsenenalter erreicht haben. Zum Verlust des Obdachs tragen ebenfalls das nur wenig regulierte Schulden- und Armutsbusiness bei. Arbeitslosigkeit (insbesondere die langfristige) und der damit verbundene finanzielle Absturz sind ein weiterer bedeutsamer Grund.“

Für die steigende Zahl an Obdachlosen können von daher nicht die konkreten Einzelpersonen, sondern es ist dies vielmehr ein Beleg dafür, dass in der Funktionsweise der Gesellschaft Mängel zu finden sind, die dazu führen, dass die schwächsten und am meisten bedrohten Menschen auf der Straße landen.

Die erwähnte Konferenz versuchte, die Problematik der Obdachlosigkeit in ihrer gesamten Breite zu erfassen. Die Konferenzteilnehmer widmeten sich fünf Fragen: was bedeutet die Obdachlosigkeit für die Gesellschaft, wie hoch sollte das Maß an Solidarität der Öffentlichkeit mit den obdachlosen

Menschen sein, warum gibt es in der Tschechischen Republik keine Prävention von Obdachlosigkeit, wie kann man komplexe soziale, medizinische und weitere Dienstleistungen für Obdachlose umsetzen und welche Rolle sollten die verschiedenen Akteure spielen, damit die Wirkung ihrer gemeinsamen Anstrengungen so maximal wie möglich greift.

Als Problem erwies sich die Perspektive: Obdachlose Menschen werden oftmals als anonyme formlose Masse wahrgenommen. Uns kommt das Bewusstsein dafür abhandeln, dass sich hinter jedem einzelnen Menschen ein konkretes Schicksal und eine konkrete Lebensgeschichte verbirgt, die zu guter Letzt darin endet, dass die entsprechende Person nun ohne Obdach dasteht.

Ebenso muss man sich vergegenwärtigen, dass es verschiedene Formen von Obdachlosigkeit gibt. Neben der offensichtlichen Form, die wir mit obdachlosen Menschen am häufigsten in Verbindung bringen, handelt es sich auch um die verborgene oder potenzielle Obdachlosigkeit. Wenn wir diese Problematik tatsächlich klären wollen, darf man sich nicht nur darauf konzentrieren, was wir unmittelbar vor Augen haben (und damit auch nur auf das, was uns am meisten hindert).

Die Obdachlosigkeit ist außerdem nur die Spitze des Eisbergs. Neben den auf der Straße lebenden Menschen muss man auch darüber nachdenken, zu welchem Preis diejenigen leben, die sich zwar eine Wohnung leisten können, aber zugleich auf Jahrzehnte an Hypotheken gebunden sind, was ihnen zum Beispiel auch erschweren kann, eine eigene Familie zu gründen.

Obdachlosigkeit kennt keine einfachen Lösungen. Es gibt keine Modelle, die man einfach anwenden könnte – und das Problem wäre dann einfach gelöst. Die Bedingungen und auslösenden Mechanismen, die zur Obdachlosigkeit führen, sind derart komplex, dass dieses Problem nicht ohne eine koordinierte Einbindung von Gemeinden, Regionen, des Staates, der Fachöffentlichkeit, von NGOs und eben der Obdachlosen geklärt werden kann.

Den Schlussfolgerungen der Konferenz zufolge hat auf die Vorbeugung und Bekämpfung dieser Problematik gerade der Staat den größten Einfluss. Er ist nicht nur für die Erstellung einer Strategie und von Instrumenten für die Umsetzung der Sozialpolitik, einschließlich einer hinreichenden Bereitstellung von Mitteln, aber auch für die Zugänglichkeit von Diensten auf dem gesamten Staatsgebiet zuständig.

Der Staat muss fortlaufend den Einfluss seiner einzelnen Politikbereiche auf die Obdachlosigkeit einer Bewertung unterziehen, und zwar nicht nur im

Fall der Sozialpolitik oder des Arbeitsmarktes, sondern auch im Bereich der Regulierung des Finanzmarktes oder der Glücksspiele. Dabei ist es wichtig, die Gefahr einer unbeherrschbaren Verschuldung einzuschränken. Der Staat ist verpflichtet, zu garantieren, dass die staatlichen Behörden im Umgang mit den Obdachlosen dem Gleichheitsprinzip folgen, damit jedwede Form der Diskriminierung ausgeschlossen wird.

Die Vorbeugung der Obdachlosigkeit erfordert die Schaffung von geschützten Arbeitsplätzen, das Angebot von Plätzen für Obdachlose, an denen die betroffenen Menschen auf die Rückkehr in eine „Standardwohnung“ vorbereitet werden, und zwar in Ergänzung durch das Modell „housing first“, bei dem die Betroffenen zunächst zu wohnen beginnen und ihnen die Sozialarbeiter hierbei Unterstützung bieten, damit Schritt für Schritt ein Umgang mit den Schulden gefunden wird, denn diese sollten kein Hindernis darstellen.

Der Konferenz entstammte eine ganze Reihe weiterer Empfehlungen. Von Schlüsselbedeutung ist jedoch gerade der Wandel der Gesamtperspektive auf die Obdachlosigkeit. Es handelt sich nicht um die Lebensniederlage dieser oder jener Einzelperson, sondern um ein Spiegelbild dessen, wie die verschiedenen Institutionen, Rechtsnormen oder die konkrete Politik des Staates funktionieren.

Der Autor ist Publizist.

In Bewegung – Aktualisierung der staatlichen Energiekonzeption

Die tschechische Regierung verabschiedete in den vergangenen Tagen die Aktualisierung der staatlichen Energiekonzeption (ASEK). Auch weiterhin rechnet sie mit der Fertigstellung der hiesigen Kernreaktoren. Obwohl die Meinungen betreffs der weiteren Ausrichtung der tschechischen Energiewirtschaft weit auseinandergehen, ist bereits heute klar, dass unsere Entscheidungsstrukturen ganz und gar nicht den Strukturen der Probleme entsprechen, vor denen wir stehen. Sind wir überhaupt noch im Stande, die Entwicklung unserer Gesellschaft bewusst und ohne großes Versagen zu beeinflussen oder sogar zu steuern?

Der Bereich der Energiewirtschaft ist für die Mentalität der gewöhnlichen Planer ein Albtraum. Mehr

als jeder andere Bereich ist er nun das Zentrum einer kreativen Destruktion – einer massiven Umgestaltung. Doch bereits jetzt können wir den Keim eines neuen Energiesystems erblicken, das spätestens ab der Mitte dieses Jahrhunderts greifen soll.

Dies sollte ein Energiesystem sein, das es uns ermöglicht, den Klimawandel zu verlangsamen. Ein System, das dem schrittweisen Rückgang der fossilen Energieträger standhält. Und zu guter Letzt ein System, das im Stande ist, den Bedarf der mehr als 10 Milliarden Bewohner unseres Planeten¹ unter der Maßgabe zu decken, dass gerade die bevölkerungsreichsten Länder der Welt wie China und Indien den westlichen Lebensstandard anstreben (dieser Trend kann bereits jetzt zum Beispiel im Fahrzeugbereich beobachtet werden).

Betreffs der Dynamik der Umgestaltung des alten Systems in ein neues sind sich die meisten Beobachter und Experten einig. Die erneuerbaren Energien verdrängen allmählich die fossilen Energieträger. Bereits 2013 wurde zum ersten Mal in der Geschichte mehr Leistung aus erneuerbaren Energien als aus fossilen Energien erzeugt. Und dieser Trend setzt sich auch weiterhin fort.²

Die Generalsekretärin des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (UN FCCC) Christiana Figueres stellt in ihrem Kommentar zu den Schlussfolgerungen des Treffens der wichtigsten Player in den Bereichen Wirtschaft und Politik im Rahmen des Weltwirtschaftsforums in Davos einen Wandel in der Einstellung der Geschäftsführungen von weltweit agierenden Firmen fest: „*Wer es schafft, die instabile und perspektivlose fossile Barke zu verlassen, der gewinnt.*“³ Den Schätzungen der Internationalen Energieagentur (IEA) zufolge sollte die Solarenergie, die heute zum Gesamtumfang des hergestellten Stroms mit nur 1 % beiträgt, bis zum Jahre 2050 zum größten Energieträger werden.

Mit der Entwicklung der erneuerbaren Energien hängt auch eine massive Forschung im Bereich Übertragungsnetz und Energiespeicherung zusammen. Es kommt zur weiteren Verknüpfung mit anderen Branchen, wie Chemieindustrie oder Verkehr.

So können die Umriss des Wandels auf globaler Ebene beschrieben werden. In Europa wird dieser Trend von Deutschland mit seiner

Energiewende mitgestaltet. In Zukunft soll die deutsche Wettbewerbsfähigkeit nicht nur auf dem geringen Energiepreis fußen, sondern auch auf der weltweiten Ausfuhr der neuesten Technologien, die an den Energiesektor gebunden sind, der in Richtung einer dekarbonisierten Wirtschaft führt. Das traditionell von der Kernenergie getragene Frankreich bereitete vielen einen regelrechten Schock, nachdem es seine *transition energetique* bekannt gegeben hatte, deren Ziel darin besteht, den Anteil der Kernenergie im Energiemix bis 2025 von derzeitigen 75 % auf 50 % zu vermindern.

Die Aktualisierung der Staatlichen Energiekonzeption soll in diesem unsicheren Umfeld eine maximal solide Basis für die Entscheidungsfindung schaffen. Sie soll sorgsam das Potenzial aller Energieträger einschließlich der Einsparungen erwägen, die Entwicklung des Verbrauchs in allen Sektoren abschätzen und die Entwicklung im Ausland bewerten. Es sind nicht nur die Risiken, sondern auch die Möglichkeiten zu betrachten, es sind Szenarien zu erstellen, deren Bewertung auf transparente Weise erfolgen sollte.

Der nächste Schritt muss dann von den Politikern gegangen werden. Aufgrund der politischen Entscheidung sollten sie unter den ausgewählten Szenarien ihre Auswahl treffen. Kurzum, sie sollten in Erwägung ziehen, wer welche Kosten trägt, sie sollten entscheiden, welche Energiewirtschaft wir haben wollen und nicht, welche wir uns heute vorstellen können.

Bei der Erstellung der ASEK hat das Ministerium für Industrie und Handel einen langen Weg zurückgelegt. Früher wurde diese Konzeption als unbezwingbare Festung wahrgenommen, die einträchtig von Akademikern, Unabhängigen, Experten und Aktivisten aus dem NGO-Sektor angegriffen wurde. Zu ihren Unterlagenmaterialien kursieren eine ganze Reihe von mehr oder minder amüsanten Witzen – wie viel Invention bringt man übrigens für ein strategisches Dokument auf, dessen nahezu einziges Ziel einfach darin besteht, die Interessen der stärksten Lobbygruppen zu verteidigen?

Das Material hat sich in den letzten beiden Jahren beträchtlich geändert – auch wenn sie nicht vollkommen transparent ausgewertet sind, so sind darin dennoch Szenarien einer künftigen Entwicklung zu finden. Es kam zu mehreren grundlegenden Änderungen bei den Inputs. Zum Beispiel wurde eingearbeitet eine Änderung der ursprünglichen Schätzung, dass der Stromverbrauch in den Haushalten ansteigen wird. Es wurde auch eine Erwägung über die äußeren Einflüsse, insbesondere über den Einfluss Deutschlands ergänzt, wobei der tschechische Energiemarkt ja eigentlich dessen verlängerter Teil ist.

Einige Zweifel sind jedoch geblieben, was sich übrigens auch im Wortlaut des Regierungsbeschlusses widerspiegelt, durch den die ASEK am 18. Mai 2015 verabschiedet wurde. Dadurch haben sich das Umweltministerium und das Regierungsamt die Zusammenarbeit an der Fertigstellung weiterer Studien gesichert. Der Regierungsbeschluss bringt die Aufgabe mit sich, eine „Analyse der aktuellen und zu erwartenden Entwicklung in der internationalen Klima-Energiepolitik einschließlich einer detaillierten Analyse des Energieeinsparungs- und Effizienzpotentials und der Szenarien des abschließenden Energie- und Stromverbrauchs in der Tschechischen Republik bis zum Jahre 2050“ zu unterbreiten.

Dadurch wird auf die Kritik der Staatlichen Energiekonzeption in ihrer Eigenschaft als *supply driven* reagiert, d.h. dass sie primär von der Vorstellung einer Befriedigung des Bedarfs mit nur sehr geringem Augenmerk auf das Potenzial von Einsparungen und dem Trend des *decoupling* – Trennung der wirtschaftlichen Wachstumskurve und des Energieverbrauchs – ausgeht. Gleichzeitig strengt sie eine Verlängerung des Horizonts bis zum Jahre 2050 an, da in diesem Zeitraum große Änderungen im Sektor der Stromproduktion erwartet werden können, wie zum Beispiel der Ersatz der auslaufenden Kernkraftwerke oder die Beendigung der Braunkohleförderung. Der Horizont 2050 ist gleichzeitig ein Zeitpunkt, auf den auch die Ziele der europäischen Klimapolitik ausgerichtet sind und mit dem auch die Energiekonzeption der europäischen Staaten und der Ausblick der Europäischen Energieagentur kalkulieren.

Die Antwort der ASEK auf die Zukunft der Energiewirtschaft in der Tschechischen Republik ist jedoch immer noch nicht befriedigend – das sogenannte optimierte Szenario rechnet mit der Notwendigkeit, Ausfälle anderer Energieträger mit neuen Kernkraftwerkblocks in Dukovany und Temelín zu ersetzen. Auf einer wesentlich solideren analytischen Basis gelangen wir jedoch in die gleiche Sackgasse – in der derzeitigen Situation ist es nicht möglich, das Projekt der Errichtung von Kernreaktoren ohne staatliche Garantien zu finanzieren, was jedoch den Staat für Jahrzehnte mit einer Fiskallast belegt.

Wir haben hier ein *Déjà vu* aus dem vergangenen Jahr – auch die derzeitige Regierung verschiebt die Entscheidung auf die nächsten Jahre, auf die weiteren Regierungen. Was ist nun der Plan B, sofern die Fertigstellung der Kernkraftwerksblöcke auch in den nächsten Jahren aufgrund der Situation auf dem Energiemarkt ohne staatliche Garantien nicht möglich sein wird? Und wenn wir uns für staatliche Garantien entscheiden, wer trägt dann deren Kosten?

1 Schätzung laut dem mittleren Entwicklungsszenario der Weltbevölkerung im Jahre 2100.

2 <http://www.bloomberg.com/news/articles/2015-04-14/fossil-fuels-just-lost-the-race-against-renewables>

3 <http://newsroom.unfccc.int/unfccc-newsroom/christiana-figueres-blog-four-conclusions-from-davos-2015/>

Wilhelm-Bock-Preis 2015 für soziales und demokratisches Handeln in Ost-, Süd- und Mitteleuropa geht an Vladimír Špidla



Die höchste undotierte Auszeichnung für soziales und demokratisches Handeln in Ost-, Süd- und Mitteleuropa wurde am 11. Mai 2015 in Gotha feierlich an Vladimír Špidla verliehen. Vladimír Špidla ist tschechischer Ministerpräsident a. D., EU-Kommissar für Beschäftigung Soziales und Chancengleichheit a. D., stellvertretender Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE), Leiter des Beraterstabs des tschechischen Premierministers sowie Direktor des tschechischen sozialdemokratischen Think-tanks Masarykova demokratická akademie. Die Laudatio an Vladimír Špidla wurde von Matthias Platzeck, dem Ministerpräsidenten des Landes Brandenburg a. D. gehalten.

Energie-Union-Debatte in der ČSSD: Größere Ambitionen, bitte!

Heda Čepelová

Die Europäische Plattform – eine Expertenkommission der Demokratischen Masaryk-Akademie (Masarykova demokratická akademie), dem tschechischen sozialdemokratischen Think-Tank – regte im April 2015 erneut eine Diskussion zu einer wichtigen Agenda der Europäischen Union an: diesmal ging es um die Energie-Union.

Dass in der tschechischen Gesellschaft der Energiepolitik große Bedeutung beigemessen wird, wurde nicht nur am überfüllten Hörsaal deutlich, sondern vor allem an der besonders sachlichen und konstruktiven Debatte, die sowohl von den Sprecher_innen – in vielerlei Hinsicht Vertreter_innen unterschiedlicher Meinungen – als auch vom Publikum geführt wurde.

Im Schatten einer strategischen Entscheidung

Die Grundlagen der Diskussion fasste Štefan Füle, ehemaliger EU-Kommissar für Erweiterung und Europäische Nachbarschaftspolitik in der letzten Kommission unter Barosso, zusammen: Es gehe nicht nur um einen Durchbruch in der europäischen Energiepolitik, sondern auch in der Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Kommission und Mitgliedsstaaten.

Dieses Jahr soll das Kabinett von Ministerpräsident Bohuslav Sobotka das wichtigste Dokument in unserer Energiepolitik beschließen – eine sog. Aktualisierung der energiepolitischen Konzeption. Aus diesem Grund ist die Energie-Union für uns eine Gelegenheit, die bisherige Konzeption zu überdenken. Die Meinung Anna Kárníková, der Sekretärin des Regierungsrats für nachhaltige Entwicklung, dass der derzeitige Vorschlag zur Aktualisierung zu wenige Ambitionen habe, wurde durch die übrigen Sprecher_innen anstandslos akzeptiert. In welchen Fragen sahen die Diskussionssteilnehmer_innen dementsprechend Raum für größere Ambitionen?

Infrastrukturen für den Binnenmarkt schaffen

Jan Baláč, Vertreter von ČEZ, dem staatlichen Produzenten im Energiesektor, stellte die ökonomischen Interessen vor, die die Tschechische Republik auf einem vereinten Energie-Markt habe. „Wir profitieren heute viel vom Binnenmarkt, wenn es um Treibhausgas-Emissionen oder um den Export geht,“ sagte er und beschrieb die Energie-Union als logischen nächsten Schritt in der bisherigen Energiepolitik und Strategie der EU zur Erfüllung der Klimaziele.

Der sozialdemokratische Europaabgeordnete Miroslav Poche, der auch als Berichterstatter zur Sicherheit der Energieversorgung fungiert, führte noch einen zusammenhängenden wirtschaftlichen Aspekt an: die Energie-Union bedeutet auch Investitionen und Mittel für die europäische Infrastruktur. In diesem Sinne sprach er auch von den Erwartungen des sog. „Juncker-Boosters“, wobei die Energieinfrastruktur zu wenig vorangebracht worden sei.

Für eine sichere und solidarische Union

Miroslav Poche erwähnte auch die Außenpolitik und Sicherheitsdimension. „Die Ukraine verändert die Situation,“ sagte er und bewertete den Fortschritt, der von der neuen Kommission erreicht worden sei. Die Hauptaufgabe war, notwendigerweise nicht nur von einem einzigen Auftragnehmer abhängig zu sein. „Die Union darf sich nicht allein auf die Versorgung und Gewinnung von fossilen Energieträgern verengen,“ könnte man die zweite Ambition zusammenfassen.

Eine dritte strategische Ambition unserer neuen Konzeption könnte dann die Frage der Verbraucherpreise behandeln, und somit auch die Solidaritätsmechanismen im Projekt der Energie-Union, wie Aleš Chmelař, Wirtschaftswissenschaftler, Mitglied der Europäischen Plattform sowie Moderator der Debatte, trefflich bemerkte. „Die Europäische Kommission versucht den Privat- und den Staatssektor auf eine Seite zu stellen, wodurch aber nicht der Trend umgekehrt werden muss, dass in der Tschechischen Republik die Preise dauerhaft höher sind als z. B. in den USA,“ sagte Füle.

Von Sorgen wird die Frage begleitet, wie der Wandel zum erwünschten dezentralisierten Energieversorgungssystem realisiert werden könne und welche Kosten diejenigen werden bezahlen müssen, die im alten Netz verbleiben. Gegen Armut durch Energiekosten kann unter anderem mittels Energieeffizienz vorgegangen werden, meinte Poche. Die Reaktionen des Publikums zeigten aber deutlich, dass die Öffentlichkeit konkretere Lösungen erwartet.

Atomkraft-Debatte: Wir wollen souverän entscheiden

Vielleicht am heißesten verlief dann die Diskussion über die Stellung der Atomkraft im tschechischen nationalen Energiemix. Jakub Patočka, Umweltpolitikexperte und Aktivist, formulierte das Problem wie folgt: klimatische Herausforderungen überwogen in Umfang und Schwere die Gefahr einer eskalierenden internationalen Krise. Die Kernenergie habe deswegen in der heutigen Gesellschaft keinen Platz und ihr Abstieg ist vorhersehbar.

Die dargelegten Argumente zeigten, dass sich die SprecherInnen einig waren, dass es einer Entscheidung bedarf, welche Energieressourcen in den nächsten Jahren zu unterstützen seien. Neben wirtschaftlichen Gründen – zu teurer Aufbau und Betrieb der Kern- aber auch der Wärmekraftwerke – war auch eine außenpolitische Dimension zu vernehmen. „Wir wollen souverän entscheiden und dabei keiner benachteiligten Position ausgesetzt sein,“ sagte Füle hinsichtlich der östlichen Partnerschaft.

Handlungsspielraum V4

Treffend schloss Aleš Chmelař die Debatte: Obwohl wir qualifizierte Expertisen haben, wenn es um Technologie geht, lernen wir nun aber, neu den aktuellen internationalen Kontext zu überdenken, mit dem Konflikt in der Ukraine und der deutschen Energiewende als deutlichem Rahmen der Überlegungen. Hierzu noch Füles Schlusswort: die tschechische Position zur europäischen Politik hat sich sichtbar verändert. Endlich werden ihre Ziele seriös und öffentlich besprochen.

Eine wichtige Nachricht war auch vom ČEZ-Vertreter zu hören: Der tschechische Energiekonzern bereite sich intensiv auf Dezentralisierung und Flexibilisierung vor. Es wäre viel zu viel einfach zu sagen, dass für die tschechische Gesellschaft die Verbraucherpreise entscheidend seien. Aber sie sind bestimmt ein gewaltiges Thema, sowie die oben erwähnten Solidaritätsmechanismen der Energie-Union und der Kampf gegen die Armut durch Energiekosten. Es ist darum mehr als plausibel zu erwarten, dass die Energie-Union zu einem der Prioritätsthemen von Ministerpräsident Bohuslav Sobotka beim kommenden V4-Vorsitz wird.

Die Autorin ist Mitglied von Masarykova Demokratická Akademie.

Staat oder Partei?

Jan Gruber

Die tschechische Sozialdemokratie kann als einzige der vor dem Krieg gegründeten sozialdemokratischen Parteien des späteren Ostblocks darauf verweisen, dass sie nicht nur ihre Tätigkeit wieder aufgenommen hat, sondern auch zur Regierungspartei aufgestiegen ist. In allen anderen Staaten wurde die Position der wichtigsten Linkspartei durch die transformierten kommunistischen Parteien eingenommen.

Während der vierzig Jahre kommunistischer Diktatur konnte die stärkste Linkspartei, die noch zu Zeiten der sog. ersten Republik gegründet worden war, nicht öffentlich wirksam werden. Nach dem kommunistischen Umsturz im Februar 1948 wurde sie widerrechtlich mit der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei (KSČ) vereinigt. Viele Repräsentanten und Mitglieder der Partei gingen in die Emigration. Der Prager Frühling war nur von kurzer Dauer und führte letztendlich nicht zu einer vollwertigen Wiederaufnahme der Parteiarbeit, obwohl dies von den Mitgliedern landesweit angestrebt worden war.

Erst Mitte der siebziger Jahre fand die Exilführung der Partei in der Tschechoslowakei Partner zur Unterstützung ihrer Informations- und Mobilisierungskampagnen. Im darauffolgenden Jahrzehnt kam es erneut zu einer Spaltung der Partei. Die Exilfraktionen konnten in der Frage, ob für die Partei eine Zusammenarbeit mit den ehemaligen Kommunisten tragbar wäre oder nicht, keine Einigung erzielen. Bereits seit den fünfziger Jahren stellte die Position zur Vertreibung der deutschsprachigen Minderheit nach dem Krieg eine immer wieder aufflammende Streitfrage dar.

Nicht allein aus den vorstehend angeführten Gründen war der Weg zur Erneuerung der Partei schwierig. Spätestens in den letzten Novembertagen 1989 wurde offensichtlich, dass auch über die Zukunft der Sozialdemokratie auseinandergehende Vorstellungen bestanden. Auf der einen Seite stand, gemeinsam mit der einheimischen Gesellschaft zum Studium des demokratischen Sozialismus, der Teil der Exilpartei, der sich um Jiří Horák (1924–2003) und Radomír Luži (1922–2009) formiert hatte. Auf der anderen Seite hatte sich eine Gruppe unabhängiger Sozialisten aus der Charta 77 und der Leitung der im Exil wirkenden Sozialdemokratie um Karel Hrubý (1923) und Jiří Loewy (1933–2004) gebildet.

Die erste Gruppe gab schon am 19. November 1989 in einer Sendung von Radio Freies Europa die

Erneuerung der Partei bekannt und konstituierte einen Vorbereitungsausschuss unter der Leitung von Slavomír Klaban (1922–2010). Der Vorsitzende der Exilpartei Hrubý telefonierte noch am selben Tag mit Rudolf Battěk (1924–2013), einem der führenden Vertreter der einheimischen sozialistischen Opposition. Beide waren sich darin einig, dass es zum gegenwärtigen Zeitpunkt strategisch nicht klug wäre, den Wiederaufbau der Parteistrukturen anzustreben. Im Gegenteil sei es jetzt vor allem notwendig, alle demokratischen Kräfte zu vereinen, um einen demokratischen Rechtsstaat aufzubauen. Die Erneuerung der Sozialdemokratischen Partei sollte erst nach dem Ende der Revolution in Angriff genommen werden.

Die zweite Gruppe formulierte ihre Haltung Anfang Dezember in der „Stellungnahme der Sozialdemokraten“, in der alle, die sich dem Gedankengut der Sozialdemokratie verbunden fühlten, aufgefordert wurden, sich in die Tätigkeit der Bürgerforen einzubringen.

In Reaktion auf diese Erklärung wurde in der inzwischen wieder erscheinenden sozialdemokratischen Tageszeitung „Právo lidu“ der von Klaban verfasste Artikel unter dem Titel „Die Stunde hat geschlagen“ veröffentlicht, in dem er zu einem beschleunigten Wiederaufbau der Partei aufrief. „Es ist keineswegs unbescheiden von uns, wenn wir heute erklären, dass die Traditionen der Tschechoslowakischen Sozialdemokratie stets zu den humanistischsten gehört haben und auch heute noch gehören. 110 Jahre – das will schon etwas heißen. In den vierzig Jahren, die wie nicht öffentlich tätig werden durften, haben wir die gesellschaftliche Entwicklung in unserem Lande aufmerksam verfolgt, und in unseren Gefühlen wechselten sich Trauer und Empörung ab. Heute dagegen sind wir von großer Freude erfüllt.“

Gegen Jahresende lagen die Sozialdemokraten untereinander im Streit darüber, ob man sich vorrangig auf die staatsbildende Tätigkeit im Rahmen des überparteilichen Bürgerforums oder primär auf die Erneuerung der eigenen Partei konzentrieren sollte. Zwei Meinungen prallten aufeinander, die sich nur schwer miteinander verständigen konnten. Klaban und seine Gruppierung bevorzugten eine schnelle Wiederherstellung der Partei, die die Garantie für die weitere demokratische Entwicklung des Staates darstellen sollte. Battěk und seine Anhänger dagegen wollten vor allem zunächst einmal ihre begonnene Arbeit fortsetzen, und erst wenn im Land die neue Ordnung fest installiert wäre, die Parteiarbeit wieder aufnehmen.

Die beiden zerstrittenen Fraktionen einigten sich Mitte Januar 1990 schließlich darauf, einen

einheitlichen gesamtstaatlichen Vorbereitungs-ausschuss zu bilden und den 24. ordentlichen Parteikongress (Parteitag) zur Erneuerung der Partei einzuberufen, auf dem die Exilvertretung die Leitung an die neu gewählte Parteiführung abgeben sollte. Auf dem Parteitag selbst entbrannte eine heiße Diskussion über die bevorstehenden Wahlen. Battěk setzte sich für gemeinsame Kandidatenlisten mit dem Bürgerforum ein. Horák dagegen wollte, dass sich die Partei selbständig zur Wahl stellte. Horák wurde schließlich mit deutlicher Mehrheit zum Parteivorsitzenden gewählt, und das gab auch den Ausschlag für die Wahlstrategie der Sozialdemokratie.

Der Streit zwischen den beiden Flügeln der Partei war damit aber bei weitem nicht beigelegt. Battěk unterstützte auch weiterhin die enge Zusammenarbeit mit dem Bürgerforum und fiel der Partei in den Rücken. „Die unerfreuliche Situation in der erneuerten Sozialdemokratie ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass sie von einer Gruppe von Personen ohne eigenes Konzept und politische Identität beherrscht wird“, schrieb er in einer Erklärung des Klubs der Sozialdemokraten des Bürgerforums.

Die Sozialdemokratie war am Ende Verlierer der Wahlen und bekam in keinem der Parlamente auch nur einen einzigen Sitz. Horák begründete den Misserfolg mit dem unklaren Bild, das die Bevölkerung von der Partei habe, und den Kampagnen einiger Sozialdemokraten gegen die eigene Partei. Auf seinen Wunsch hin wurde Battěk danach vom Zentralen Exekutivsausschuss aus der Partei ausgeschlossen. Anschließend nahm Horák Verhandlungen auf über den Zusammenschluss der Sozialdemokratie mit der politischen Bewegung Obroda, die sich zum Vermächtnis des Prager Frühlings von 1968 bekannte. Damit zog er zwar erneut die Feindschaft der Exilführung auf sich, tat jedoch den ersten Schritt in Richtung des Aufbaus der Partei, die in den darauffolgenden Jahren eine führende Stellung in der tschechischen Politik einnehmen sollte.

Der Autor ist Publizist.

Den Stier bei den Hörnern packen

Jan Šícha

Zum 30. Jahrestag des Prager Aufrufs der Charta 77, in dem die deutsche Einheit gefordert wurde, und zu den Gedanken des Dissidenten Jaroslav Šabata: „Wir brauchen das Bündnis mit den deutschen Demokraten. Je intimer, desto besser“.

Wäre der Prager Aufruf vor dreißig Jahren von Vertretern irgendeines europäischen Staates herausgegeben worden, wäre das eine Sensation und zugleich ein Paradebeispiel unrealistischer Vorstellungen gewesen. Das Dokument, in dem u.a. auch die Wiedervereinigung Deutschlands gefordert wird, wurde jedoch von zukünftigen Repräsentanten des tschechoslowakischen Staates veröffentlicht, zu einer Zeit, als – aus heutiger Sicht gesehen – die tschechoslowakische Opposition nur noch eine Wahlperiode von ihrer Machtübernahme entfernt war.

Zum Zeitpunkt des Erscheinens des Prager Aufrufs waren die Vertreter der Opposition entweder noch inhaftiert, oder anderweitig Schikanen ausgesetzt. In ihrer Einschätzung der zukünftigen Entwicklung Europas war die Opposition, wie sich gezeigt hat, realistischer. Sie wünschte sich ein geeintes Europa, dessen Narben – sprich die Berliner Mauer – verheilt sind.

Geistiger Vater des Prager Aufrufs war Jaroslav Šabata, der nach 1989 Minister der tschechischen Regierung wurde. Jiří Dienstbier war der erste Außenminister der freien Tschechoslowakei. Den Prager Aufruf betrachtete er als Schlüssel zu den Überlegungen über die Zukunft Europas und schuf damit die Basis für gute deutsch-tschechische Beziehungen.

Der Prager Aufruf machte von den Gedanken, an denen Jaroslav Šabata einen Anteil hatte, vielleicht die größte Karriere. Das relativ kurze Dokument, das an das Treffen der Friedensbewegung in Amsterdam gerichtet war, gelangte postwendend in die DDR, wo sich die Opposition mit Fragen des Friedens und des Umweltschutzes mit besonderer Rasanz beschäftigte. 1985 kam es zu intensiven Kontakten zwischen der tschechischen und der ostdeutschen Opposition. Das auf der Schreibmaschine getippte Papier mit dem Prager Aufruf ist zweifelsohne durch den Gang der Geschichte und die Tatsache, dass die Wiedervereinigung Deutschlands wahrscheinlich das politische Hauptereignis der europäischen Nachkriegsgeschichte ist, zum politischen Dokument aufgestiegen. Über die Bewegungen der Geschichte hat Jaroslav Šabata häufig gesprochen und über sie nachgedacht. Der Ruhm des Prager Aufrufs ist ihm nicht von ungefähr in den Schoß gefallen.

In seinem Brief an Edward Thompson aus dem Jahr 1983 deutete Šabata bereits Argumente an, die dann später im Prager Aufruf in vollendeter Form präsentiert wurden. Šabata war überzeugt, dass das geteilte Deutschland einen Splitter des Kriegserbes darstelle und dass der Zweite Weltkrieg erst mit einem Friedensvertrag mit Deutschland

tatsächlich zu Ende sein werde. Mit einem guten Gespür für die Kraft des politischen Gegners behauptete er, dass der konservativen Argumentation eine komplexe Konzeption mit geschichtlicher Dimension gegenübergestellt werden müsse. Er war bereit, den Friedensaktivisten im Westen ihre Verwirrung, ihren Pazifismus und ihre Wankelmütigkeit aller Art nachzusehen. Im seinem Brief an Thompson steht z.B. der Satz: „Die internationale Solidarität derjenigen, die sich jeder beliebigen Form von Unterdrückung widersetzen, ist der Kitt für die innere Annäherung.“

Šabata pflegte, mit den bestehenden politischen Bewegungen zu arbeiten und aus ihnen eine höhere Gesamtheit zu formieren. Mitte der achtziger Jahre stützte er sich auf den Gedanken Willy Brandts „Wandel durch Annäherung“ sowie auf den Gedanken von Helsinki. Deutschland betrachtete Šabata als so etwas wie den Dreh- und Angelpunkt für ganz Europa.

In Gesprächen mit uns verwendete er im politischen Kontext das Wort „Neidnagel“. Der „Neidnagel“ der Berliner Mauer war für Šabata der Schlüssel zum Erwachen und zur Gesundung von Europa. „Die Vereinigung Europas – das ist eine Möglichkeit, zu der es keine Alternative gibt“, sagte Šabata in einer Zeit, als der Eiserne Vorhang noch längst nicht den Anschein machte, dass er jemals auf dem Schrotthaufen landen würde. Aber auch Willy Brandt begann seine Ostpolitik im Jahr 1968, d.h. zu einer Zeit, in der die Antipathie gegenüber dem sowjetischen Imperium am größten war.

Šabata identifizierte die Berliner Mauer, die in der Sprache der DDR als Antifaschistischer Schutzwall bezeichnet wurde, als neuralgischen Punkt und begann, diese Mauer abzureißen. Die wachsende Anerkennung, die dem Prager Aufruf im deutschen Kontext zuteil wird, ist durchaus angebracht.

In seinem Brief an Thompson erscheinen zur Mauer zwei relativ illustrative Zitate: „Wir teilen die Schlüsse der Rhetorik nicht, die nur von ungelösten Fragen lebt, ohne sie zu lösen. Die Friedensbewegung wird sie jedoch lösen müssen. Den Stier muss man auch bei den Hörnern packen. Und die Berliner Mauer symbolisiert zu viel Lebendiges.“ An anderer Stelle schrieb er: „Auf dem ganzen Kontinent beginnt man zu ahnen, dass die Berliner Mauer und all die Anomalien, die von ihr symbolisiert werden, seine Zivilisation zu Boden ziehen. Nirgends steht geschrieben, dass wir diese Eisenkugel am Bein auf immer und ewig mit uns herumschleppen müssen.“

In das Vokabular von Šabata gehörten Worte wie „große Wende“ oder „über den eigenen Schatten springen“. Er sprach von der Arroganz der Macht,

und zeichnete vor den Augen Bewegungen, Bewegungen von Menschen, die ihre Sache begriffen hatten. Zur Zeit des Prager Aufrufs sprach Šabata von der Auflösung der Militärbündnisse und von deren Hinüberwachsen in einen neuen politischen Block. Die Nachkriegsgeschichte betrachtete er als Geschichte der Militarisierung, aber er war auch bereit, zu sehen, dass sie auch die Geschichte des Kampfes gegen die Militarisierung ist.

Von Thompson zu Brügel

Interessant sind auch die Personen, an die Jaroslav Šabata seine Überlegungen vor und nach dem Prager Aufruf richtete. Edward Thompson war marxistischer Historiker und Autor literarischer Texte und Verse, der nach der sowjetischen Invasion in Ungarn 1956 aus der Kommunistischen Partei Großbritanniens austrat.

Eine weitere Reflexion adressierte Šabata 2006 an den damals bereits verstorbenen Johann Wolfgang Brügel. Dieser arbeitete in der Vorkriegszeit für Ludwig Czech, den Vorsitzenden der deutschen Sozialdemokratie in der Tschechoslowakei und mehrfachen und auch letzten deutschen Minister der Regierungen der Ersten Tschechoslowakischen Republik. Während des Krieges flüchtete Brügel nach London, um der politischen und rassistischen Verfolgung zu entgehen.

Als in London die Treugemeinschaft des deutschsprachigen sozialdemokratischen Exils aus der Tschechoslowakei auseinanderbrach, blieb Brügel der Republik treu. Als der republiktreue Flügel der kommunistischen Richtung beitrug, blieb Brügel standhafter Demokrat.

Nach dem Krieg lebte er weiter in London, bezog deutsche Entschädigungsrente, dachte nach, organisierte ein bisschen, gab eine Zeitschrift heraus und schrieb. Der Prager Aufruf war also sinnbildlich mit den Schicksalen zweier linker intellektueller Aktivisten – auf der einen Seite vorausschauend, auf der anderen Seite nachträglich erklärend – verankert, d.h. bei zwei Männern, die das Leben bürgerlicher Intellektueller führten, jedoch mit ihrer politischen Überzeugung auf der Seite der nicht privilegierten, und deshalb ständig in verschiedenster Weise bedrohten Mehrheit standen.

Über die Vereinigung Deutschlands schrieb Šabata in seinem Brügelischen Text: „Zwischen dem, wovon der Prager Aufruf ausgegangen ist, und der eigentlichen geschichtlichen Tatsache klafft eine ziemlich tiefe Kluft. Der Prozess der Wiedervereinigung Deutschlands wurde nämlich nicht auf der Grundlage eines Programmbündnisses aller Hauptsegmente der europäischen Demokratie und auf der Grundlage der Umsetzung des Helsinki-Gedankens

„von oben“ und „von unten“ (was das Grundpostulat des Aufrufs war) verwirklicht, sondern vor allem auf der Grundlage der konservativ orientierten Initiative des deutschen Kanzlers Helmut Kohl.“

Als Jaroslav Šabata 1997 von den Buchautoren Burian und Tichák in einem Interview gefragt wurde: „Sind Sie der Meinung, dass das Phänomen Mitteleuropas, der Begriff der deutschen Hegemonie in der Mitte Europas, endgültig der Vergangenheit angehört?“, antwortete er: „Es wäre töricht, zu glauben, dass dieses Phänomen völlig ausgelöscht sei. Doch genau deshalb gilt es, den Stier bei den Hörnern zu packen, d.h. wir brauchen das Bündnis mit den deutschen Demokraten. Je intimer, desto besser.“

Ich denke, an ein intimes Bündnis mit den deutschen Demokraten kann erst heute gedacht werden, aufgrund des Verdienstes eines Teils der jetzigen Regierung. Der Hauptgegner all dessen, was Jaroslav Šabat lieb und teuer war, ist der Finanzkapitalismus, und der muss heute im Interesse des reichen Staates Deutschland gezähmt werden, denn der Reichtum Deutschland rührt von seiner Produktion her und auch daher, dass in ihm die Tugenden des Kapitalismus noch nicht ausgestorben sind – Fleiß, Rationalität, Sparsamkeit und Planung. Das sind auch für die Tschechische Republik Tugenden.

Für Šabata blieb Deutschland ein Land, in dem durch eine neue Qualität die gemeinsame Wandlung abläuft und ablaufen kann. Von den großen Denkern zitierte er am häufigsten Nėmec, Habermas, Slotdijk, aber auch den in Mähren geborenen Ökonomen Schumpeter, dem wahrhaftig keine linke Gesinnung nachgesagt werden kann.

Lesen wir heute nach Jahren den Prager Aufruf, kann man nur darüber staunen, wie es den Vertretern der Charta 77 gelungen ist, Politik zu machen, obwohl die Bedingungen damals so waren, dass das eigentlich gar nicht ging. Nach 1989 wurde in der Tschechischen Republik leider oft keine Politik gemacht, obwohl die Bedingungen es erlaubt hätten. Der Prager Aufruf erscheint nach all den Jahren als wagemutiger Schritt in Richtung Unbekannt, das durch ihn ein Stück näher gerückt ist. Als europäischer linker Intellektueller wusste Šabata, dass es notwendig ist, die Sachen zunächst in Gedanken durchzuspielen und sie dann der wachgerüttelten Masse zu vermitteln.

Betrachten wir den Prager Aufruf aus dem Abstand der Zeit, sehen wir Mitteleuropa als den Ort, der Mittelpunkt der Weltgeschichte war. Mit der Wiedervereinigung Deutschlands begann auch der Prozess der Vereinigung Europas, den sich

Šabata – wenn auch viel weniger bürokratisch – in Gedanken vorgestellt hatte. Der Schwerpunkt der Weltgeschichte verlagerte sich später weg von Mitteleuropa. Von Mitteleuropa aus kann die Welt in Zukunft nur im intimen Bündnis mit den deutschen Demokraten gesehen werden, denn ohne die Kraft des Stiers, - der allerdings bei den Hörnern gepackt werden muss, - ginge es nicht.

Der Autor ist Publizist und Diplomat.

Auszug aus dem Manifest der 2000 Worte von Ludvík Vaculík anlässlich seines Todes am 6. Juni 2015

Mit Vorwort von Jan Šícha

Zum 30. Jahrestag des Prager Aufrufs der Charta 77, in dem die deutsche Einheit gefordert wurde, und zu den Gedanken des Dissidenten Jaroslav Šabata: „Wir brauchen das Bündnis mit den deutschen Demokraten. Je intimer, desto besser.“

Der tschechische Schriftsteller **Ludvík Vaculík** ist am 6. Juni 2015 gestorben und damit nur wenige Wochen nach Günther Grass, mit dem – und vielen anderen – Vaculík das intellektuelle Nachkriegsprofil Europas mitgestaltete. Vaculík ist in vielerlei Hinsicht und mit seinen tschechischen Spezifika eine noch diskutablere Persönlichkeit als Günther Grass. In seinen späten Texten machte er keinen Hehl aus seiner Abneigung gegenüber Roma, Homosexuellen und überhaupt allen Erscheinungen, die er als Unordnung betrachtete. Selbst das Wahlrecht sollte sich der Mensch – so die Auffassung Vaculíks – durch sein Handeln erst verdienen müssen. Vaculík hat die meiste Zeit seines Lebens in einer Zweizimmerwohnung in einem Haus an einer belebten Kreuzung in Prag verbracht. Auf die Frage, wie in diesem kleinen Raum seine drei Söhne aufgewachsen sind, antwortete er, dass er selbst in einem Haus aufgewachsen sei, in dem es nur einen einzigen Raum, und aus diesem kein Entrinnen gegeben habe, wogegen man hier, d.h. in seiner Zweizimmerwohnung, vom einen in den anderen Raum gehen könne. Auf die Welt, die ihn umgab, schaute Vaculík aus der Perspektive des Gartens an seinem Haus in Dobřichovice, das seine Familie vom bedeutenden Verleger des neunzehnten Jahrhunderts und der Zwischenkriegszeit Topič erworben hatte. Vaculík war nicht

nur Schriftsteller, sondern auch eine Persönlichkeit des öffentlichen Lebens und Gründer des Samizdat-Verlages „Edice Petlice“ (Verlag Hinter Schloss und Riegel), der maschinengeschriebene literarische Texte verbreitete, die in der Tschechoslowakei verboten waren oder von vornherein keine Chance auf Veröffentlichung hatten. Er wurde mehrfach verhört, jedoch nie inhaftiert. Die Staatssicherheit wollte seine Familie auseinanderbringen, was ihr jedoch dank der Unbeirrbarkeit seiner Frau Madla nicht gelang. Vaculík hatte sowohl etwas von einem Anarchisten als auch etwas von einem Konservativen des neunzehnten Jahrhunderts an sich. Er war anfangs engagiertes Mitglied der Kommunistischen Partei, trennte sich aber dann später von dieser. Noch bevor er als Schriftsteller bekannt und Autor des Manifests „Zweitausend Worte“ wurde, vertrat er in seinen Beiträgen für den Rundfunk konsequent die Perspektive der „ganz gewöhnlichen“ Menschen. Vaculík zeichnete sich durch sein energisches und charismatisches Wesen aus und war ein tief sinniger und vorurteilsfreier Denker. Charakteristisch für ihn war der Satz: „Auch zu dieser Sache habe ich mindestens zwei Meinungen“. Er war strikter Gegner von staatlicher Bürokratie und Repression gegenüber den Bürgern und fand immer wieder Mittel, um dazu beizutragen, dass Bürokratie und Repression in der sozialistischen Tschechoslowakei ihre Legitimität einbüßten. Mit der Qualität der Freiheit nach der Wende 1989 war er nicht zufrieden. Er vermisste an ihr u.a. die Spontanität der sechziger Jahre, als so etwas wie eine landesweite Diskussion darüber stattfand, wie die gesellschaftlichen Verhältnisse verbessert werden könnten. Mit Vaculík ist ein Mann von uns gegangen, der in seinem kulturellen Format den Männern gleichkommt, wie sie das neunzehnte und das frühe zwanzigste Jahrhundert hervorgebracht haben: ein Mensch voller unverwüstlicher Energie, der trotz des großen Drucks der Verhältnisse, dem sich andere beugten oder an ihnen zerbrachen, unbeugsam blieb. Bis in seine letzten Tage erregte er mit seinen regelmäßig veröffentlichten Texten Aufsehen und rief Kontroversen hervor. Mit seiner brillanten Beherrschung der tschechischen Sprache und seinen scharfen Pointen trug er zum hohen Niveau der geschriebenen tschechischen Sprache bei.

Höhepunkt des öffentlichen Wirkens von Ludvík Vaculík war sein „Manifest der 2000 Worte“, das er im Juli 1968 veröffentlichte. Selbst nach Ansicht der damaligen Prager Reformkommunisten führte das Manifest zur Radikalisierung der beiden äußeren Flügel des politischen Prozesses in Prag, der damals Teil der gesamten politischen Bewegung in der Welt war. Den Moskauer Stalinisten, die nur die Texte, nicht jedoch die Atmosphäre in der

Tschechoslowakei in der Hand hatten, gab das Manifest zweifellos ein weiteres Argument für die Invasion in die Tschechoslowakei an die Hand. Vaculík hat für den Prager Frühling nicht nur mit seinem Dasein als Bürger, sondern auch mit einer Krise seines literarischen Schaffens gebüßt. Sein Buch „Tagträume – Alle Tage eines Jahres“ (Český snář) ist ein hervorragendes Zeitdokument. Rückblickend muss man allerdings sagen, dass die gesellschaftliche Konstellation verhinderte, dass Vaculík auch Romanschriftsteller werden konnte. Die Charta 77 ist auf der einen Seite ohne Ludvík Vaculík nicht vorstellbar, auf der anderen Seite hat er auch in der Charta 77 Probleme thematisiert, auf die sie nur schwer reagieren konnte. Seine Feuilletons und seine pointierten Kurzgeschichten, die er in der Regel innerhalb von einer Woche in drei Versionen auf seiner Schreibmaschine tippte, hatten gewaltigen Einfluss und fanden breite Leserkreise. Vaculíks Feuilletons sind Dokumente der Zeit und der gesellschaftlichen Konflikte, die praktisch nicht anders beim Namen genannt werden konnten. Sein Feuilleton ersetzte Medien und ganze Bereiche der Wissenschaft, und Ludvík Vaculík hat es verstanden, sie für die einen zur geistigen Nahrung, gegen andere zur Waffe zu machen.

Einige Ausschnitte aus dem „Manifest der 2000 Worte“ möchten die Prager Dialoge im deutschen Kontext gern nutzen, um von einer Persönlichkeit Abschied zu nehmen, die – obgleich wir als Sozialdemokraten nicht immer vorbehaltlos mit ihr einverstanden waren, - im besten Sinne des Wortes nicht zu übersehen war. Ludvík Vaculík lagen der Mensch und die menschliche Würde am Herzen. Er war ein aufrechter Mensch und für jedermann sichtbar. In vielen Dingen war er für uns Sozialdemokraten ein Verbündeter, in anderen wieder lesbarer Gegner. Er strebte nicht nach politischer Macht. Seinen gesellschaftlichen Einfluss hatte er sich durch sein intellektuelles Schaffen erarbeitet. Die Welt wäre besser, wenn es mehr Menschen von seinem Schlag gäbe.

Erst bedrohte der Krieg das Leben unserer Nation. Dann kamen weitere schlechte Zeiten mit Ereignissen, die ihre seelische Gesundheit und ihren Charakter bedrohten. Mit Hoffnungen hatte die Mehrheit der Nation das Programm des Sozialismus angenommen. Dessen Leitung geriet jedoch in die Hände unrechter Leute. Es hätte nicht so sehr geschadet, dass sie nicht genügend staatsmännische Erfahrungen, sachliche Kenntnisse und philosophische Bildung besaßen, wenn sie wenigstens mehr gewöhnliche Weisheit und Anstand gehabt hätten, die Meinung anderer anhören zu können, und ihre schrittweise Ablösung durch fähigere zugelassen hätten.

Die Kommunistische Partei, die nach dem Krieg das große Vertrauen der Menschen genoss, tauschte dieses Vertrauen allmählich gegen Ämter ein, bis sie alle bekam und nichts anderes mehr hatte. Wir müssen das so sagen und das wissen auch jene Kommunisten unter uns, deren Enttäuschung über die Ergebnisse ebenso groß ist wie die Enttäuschung der Übrigen. Die fehlerhafte Linie der Führung hat die Partei aus einer politischen Partei und einem von einer Idee durchdrungenen Bund in eine Machtorganisation verwandelt, die große Anziehungskraft auf herrschsüchtige Egoisten gewann, auf neiderfüllte Feiglinge und auf Leute mit schlechtem Gewissen. Ihr Zustrom beeinflusste Charakter wie Verhalten der Partei, die im Inneren nicht so eingerichtet war, dass in ihr ohne beschämende Vorfälle ordentliche Menschen hätten Einfluss gewinnen können, die sie stetig gewandelt hätten, damit sie jederzeit in die moderne Welt passt. Viele Kommunisten bekämpften diesen Verfall, es misslang ihnen jedoch, irgend etwas davon zu verhindern, was geschehen ist.

Die Verhältnisse in der Kommunistischen Partei waren das Modell und die Ursache der gleichen Verhältnisse im Staat. Ihre Verbindung mit dem Staat führte dazu, dass sie den Vorteil des Abstandes von der ausübenden Macht einbüßte. Die Tätigkeit des Staates und der Wirtschaftsorganisationen unterlagen keiner Kritik. Das Parlament verlernte zu beraten, die Regierung zu regieren und die Direktoren zu leiten. Die Wahlen hatten keine Bedeutung, die Gesetze verloren ihr Gewicht. Wir konnten unseren Vertretern in keinem Ausschuss vertrauen, und wenn wir das konnten, ließ sich von ihnen wiederum nichts verlangen, weil sie nichts erreichen konnten. Noch schlimmer war jedoch, dass wir einander persönlich beinahe nicht mehr vertrauen konnten. Die persönliche und kollektive Ehre verfiel. Ehrlich währte nicht mehr am längsten und von irgendeiner Wertung nach der Fähigkeit konnte nicht die Rede sein. Darum verloren die meisten Leute das Interesse für öffentliche Dinge und kümmerten sich nur um sich selbst und ums Geld, wobei zu den schlechten Verhältnissen auch gehört, dass nicht einmal aufs Geld heutzutage Verlass ist. Die Beziehungen zwischen den Menschen verkamen, die Freude an der Arbeit verflüchtigte sich, kurzum, über die Nation brachen Zeiten herein, die ihre seelische Gesundheit und ihren Charakter gefährdeten.

Für den heutigen Zustand sind wir alle verantwortlich, mehr jedoch die Kommunisten unter uns, die Hauptverantwortung aber tragen jene, die Bestandteil oder Instrument der unkontrollierten Macht waren. Es war das die Macht einer eigensinnigen Gruppe, die sich mit Hilfe des Parteiapparates von Prag aus bis in jeden Bezirk und in jede Gemeinde erstreckte. Dieser Apparat entschied,

wer was tun und nicht tun durfte, er leitete für die Genossenschaftler die Genossenschaften, für die Arbeiter die Betriebe, für die Bürger die Nationalausschüsse. Keine Organisation, nicht einmal eine kommunistische, gehörte in Wirklichkeit ihren Mitgliedern. Die Hauptschuld und der allergrößte Betrug dieser Herrscher ist, dass sie ihre Willkür für den Willen der Arbeiterschaft ausgaben. Wollten wir diese Vorspiegelung glauben, so müssten wir heute der Arbeiterschaft die Schuld am Niedergang unserer Wirtschaft zusprechen, an den an schuldlösen Menschen verübten Verbrechen, an der Einführung der Zensur, die verhinderte, dass man über all dies schreiben konnte, dann wären die Arbeiter schuld an den Fehlinvestitionen, an den Verlusten des Handels, am Wohnungsmangel. Kein vernünftiger Mensch wird selbstverständlich an eine solche Schuld der Arbeiterschaft glauben. Wir alle wissen, insbesondere jeder Arbeiter, dass die Arbeiterschaft praktisch nichts entschied. Über die Arbeiterfunktionäre ließ jemand anderer abstimmen. Während viele Arbeiter meinten, sie regierten, regierte in ihrem Namen eine eigens erzogene Schicht von Funktionären des Partei- und Staatsapparates. Diese nahmen faktisch den Platz der gestürzten Klasse ein und wurden selbst zur neuen Obrigkeit. gerechterweise wollen wir jedoch sagen, dass sich manche von ihnen dieses üble Spiel der Geschichte seit langem vergegenwärtigten. Wir erkennen sie heute daran, dass sie unrecht wiedergutmachen, Fehler berichtigen, die Entscheidungsgewalt der Mitgliedschaft und den Bürgern zurückerstatten, die Vollmacht und den zahlenmäßigen Stand des Beamtenapparates einschränken. Mit uns wenden sie sich gegen rückständige Ansichten innerhalb der Parteimitgliedschaft. Aber ein großer Teil der Funktionäre sträubt sich gegen Veränderungen und hat noch immer Gewicht! Noch immer hält er Machtmittel in den Händen, insbesondere in den Bezirken und Gemeinden, wo er sie insgeheim und unbelangbar anwenden kann.

Seit Beginn des Jahres befinden wir uns im Erneuerungsprozess der Demokratisierung. Er hat in der Kommunistischen Partei begonnen. Wir müssen das sagen, und das wissen auch die Nichtkommunisten unter uns, die von dort nichts Gutes mehr erwartet hatten. Ergänzen muss man allerdings, dass dieser Prozess auch nirgend anderswo beginnen konnte. Konnten doch nur die Kommunisten volle zwanzig Jahre lang eine Art politisches Leben führen, war doch nur die kommunistische Kritik dort, wo die Dinge gemacht wurden, hatte doch nur die Opposition in der Kommunistischen Partei das Vorrecht, mit dem Gegner in Fühlung zu stehen. Darum sind die Initiative und die Bemühungen der demokratischen Kommunisten nur eine Abzahlung auf die Schuld, die die gesamte Partei gegenüber den Nichtkommunisten trägt, die sie in einer keineswegs gleichbe-

rechtigten Stellung erhalten hat. Der Kommunistischen Partei gebührt somit Dank, zugestanden werden muss ihr vielleicht werden, dass sie sich ehrlich bemüht, die letzte Gelegenheit wahrzunehmen, um ihre Ehre und die Ehre der Nation zu retten. Der Erneuerungsprozess kommt mit nichts, was allzu neu wäre. Er bringt Gedanken und Themen, von denen viele älter sind als die Irrtümer unseres Sozialismus und andere unter der Oberfläche der sichtbaren Geschehnisse entstanden, die längst hätten ausgesprochen werden sollen, aber unterdrückt wurden. Hegen wir nicht die Illusion, dass diese Gedanken jetzt durch die Kraft der Wahrheit siegen. Über ihren Sieg hat eher die Schwäche der alten Führung entschieden, die offensichtlich erst durch zwanzigjährige Herrschaft ermüden musste, an der sie niemand hinderte. Sichtlich mussten alle fehlerhaften Elemente voll ausreifen, die bereits in den Grundlagen und in der Ideologie dieses Systems verborgen lagen. Überschätzen wir darum nicht die Bedeutung der Kritik aus den Reihen der Schriftsteller und Studenten, Quelle der gesellschaftlichen Veränderungen ist die Wirtschaft. Ein richtiges Wort hat nur dann Bedeutung, wenn es unter Verhältnissen ausgesprochen wird, die schon richtig bearbeitet sind. Richtig bearbeitete Verhältnisse darunter muss man bei uns leider unsere gesamte Armseligkeit und den gänzlichen Zerfall des alten Herrschaftssystems verstehen, in dem sich in Ruhe und Frieden Politiker eines gewissen Typs auf unsere Kosten kompromittierten. Die Wahrheit siegt somit nicht, die Wahrheit bleibt einfach übrig, wenn man alles sonstige verschleudert! Darum besteht kein Anlass zu nationalem Siegesjubiläum, nur Grund zu neuer Hoffnung.

Wir wenden uns an Euch in diesem Augenblick der Hoffnung, die jedoch ständig gefährdet ist. Es hat mehrere Monate gedauert, bis viele von uns das Vertrauen gewannen, dass sie frei sprechen können, viele aber glauben das nicht einmal jetzt. Doch wir haben endlich so gesprochen und uns soweit enthüllt, dass wir unsere Absicht, dieses Regime zu vermenschlichen, einzig und allein vollenden müssen. Sonst würden die alten Kräfte grausam Vergeltung üben. Wir wenden uns vor allem an jene, die bisher nur abgewartet haben. Die Zeit, die anbricht, wird für viele Jahre entscheidend sein.

Die Zeit, die anbricht, ist ein Sommer mit Ferien und Urlaub, in dem wir nach altem Brauch Lust haben werden, alles stehen- und liegenzulassen. Wetten wir jedoch, dass sich unsere lieben Gegner keine Sommerfrische gönnen werden, sie werden die ihnen verpflichteten Leute mobilisieren und sich schon jetzt ruhige Weihnachtsfeiertage verschaffen wollen! Passen wir darum auf, was geschehen wird, suchen wir es zu verstehen und zu antworten. Geben wir die unmögliche Forderung auf, dass uns

stets irgendein Höherer zu den Dingen eine einzige Auslegung und eine einzige einfache Schlussfolgerung liefert. Jeder wird seine Schlussfolgerungen selber ziehen müssen, auf eigene Verantwortung. Gemeinsame übereinstimmende Schlussfolgerungen kann man nur in einer Diskussion ermitteln, zu der man jene Freiheit des Wortes benötigt, die eigentlich unsere einzige demokratische Errungenschaft dieses Jahres ist.

In die nächsten Tage müssen wir jedoch mit eigener Initiative und mit eigenen Entschlüssen gehen.

Vor allem werden wir, falls sie auftauchen sollten, Ansichten entgegenreten, dass es möglich sei, irgendeine demokratische Wiedergeburt ohne die Kommunisten vorzunehmen, gegebenenfalls sogar gegen sie. Das wäre ungerecht, aber auch unvernünftig. Die Kommunisten haben ausgebaute Organisationen, in denen man den fortschrittlichen Flügel unterstützen muss. Sie besitzen erfahrene Funktionäre, sie haben schließlich ständig die entscheidenden Hebel und Drücker in ihren Händen. Vor der Öffentlichkeit steht jedoch ihr Aktionsprogramm, das auch das Programm des ersten Ausgleichs der größten Ungleichheit ist, und niemand anderer hat irgendein ebenso konkretes Programm. Man muss verlangen, dass sie mit ihren örtlichen Aktionsprogrammen in jedem Bezirk und in jeder Gemeinde vor die Öffentlichkeit treten. Hier wird es plötzlich um sehr einfache und schon lange erwartete richtige Taten gehen. Die KPC bereitet sich auf den Parteitag vor, der ein neues Zentralkomitee wählen wird. Fordern wir, dass es ein besseres sei als das jetzige. Wenn die Kommunistische Partei heute sagt, dass sie künftig ihre führende Stellung auf das Vertrauen der Bürger stützen will und nicht auf Gewalt, so lasst uns das glauben, sofern wir den Leuten glauben können, die sie schon jetzt als Delegierte auf die Bezirks- und Kreiskonferenzen entsendet.

In letzter Zeit sind die Leute beunruhigt, der Fortschritt der Demokratisierung könnte zum Stillstand gekommen sein. Dieses Gefühl ist teils eine Ermüdungserscheinung infolge des bewegten Geschehens, teils entspricht es einer Tatsache: Eine Saison voller überraschender Enthüllungen, hoher Demissionen und berauscher Reden von nie dagewesener Kühnheit ist abgelaufen. Das Ringen der Kräfte hat sich jedoch nur einigermaßen verborgen, man kämpft um den Inhalt und Wortlaut von Gesetzen, um den Umfang praktischer Maßnahmen. Außerdem müssen wir den neuen Leuten, den Ministern, Staatsanwälten, Vorsitzenden und Sekretären Zeit zur Arbeit vergönnen. Sie haben ein Anrecht auf diese Zeit, damit sie sich entweder bewähren oder unmöglich machen können. Darüber hinaus kann man in den zentralen politischen Orga-

nen heute nicht mehr erwarten. Ohnedies haben sie unwillkürlich bewundernswerte Tugenden bezeigt.

Die praktische Qualität der zukünftigen Demokratie hängt jetzt davon ab, was mit den Unternehmen und in den Unternehmen geschehen wird. Bei allen unseren Diskussionen haben uns schließlich die Wirtschaftler in der Hand. Gute Wirtschaftler muss man suchen und durchsetzen. Es ist wahr, dass wir alle im Vergleich mit den entwickelten Ländern schlecht bezahlt sind und manche noch schlechter. Wir können mehr Geld fordern das sich drucken und damit entwerten lässt. Fordern wir jedoch lieber von den Direktoren und Vorsitzenden, dass sie uns darlegen, was und für wieviel Geld sie herstellen wollen, wieviel man verdienen wird, was davon man zur Modernisierung der Produktion anlegen wird und was man verteilen kann. Unter scheinbar langweiligen Überschriften verläuft in den Zeitungen der Widerhall eines überaus harten Kampfes um die Demokratie oder um Futtertröge. In ihn können die Arbeiter als Unternehmer dadurch eingreifen, wen sie in die Verwaltungen der Unternehmen und in die Werksräte wählen werden. Als Angestellte können sie für sich am besten handeln, wenn sie als ihre Vertreter in die Gewerkschaftsorgane ihre natürlichen Führer wählen, fähige und ehrenhafte Menschen ohne Rücksicht auf ihre Parteizugehörigkeit.

Wenn zur Zeit von den gegenwärtigen zentralen politischen Organen nicht mehr zu erwarten ist, gilt es mehr in den Bezirken und Gemeinden zu erreichen. Fordern wir den Abgang der Leute, die ihre Macht missbraucht, das öffentliche Eigentum geschädigt, ehrlos oder grausam gehandelt haben. Man muss Methoden ausfindig machen, um sie zum Abgang zu veranlassen. Zum Beispiel: Öffentliche Kritik, Resolutionen, Demonstrationen, demonstrative Arbeitsbrigaden. Spendensammlung für ihren Abgang in den Ruhestand, Streik, Boykott ihrer Türen. Abzulehnen sind jedoch ungesetzliche, unanständige und grobe Methoden, da sie diese zur Beeinflussung Alexander Dubceks ausnützen würden. Unsere Abscheu gegen das Schreiben grober Briefe muss derart allgemein sein, dass man jeden derartigen Brief, den sie noch erhalten werden, als einen Brief betrachten kann, den sie sich selber haben zuschicken lassen. Beleben wir die Tätigkeit der Nationalen Front. Fordern wir öffentliche Sitzungen der Nationalausschüsse. Für Fragen, mit denen niemand etwas zu schaffen haben will, bilden wir eigene Bürgerausschüsse und -kommissionen. Das ist ganz einfach: Ein paar Leute kommen zusammen, wählen ihren Vorsitzenden, führen ordnungsgemäß Protokoll, veröffentlichen ihren Befunde, fordern eine Lösung, lassen sich nicht einschüchtern. Verwandeln wir die Bezirks- und Ortspresse, die meist zu einem amtlichen Sprachroh degene-

riert ist, in eine Tribüne aller positiven politischen Kräfte, fordern wir die Bildung von Redaktionsräten aus Vertretern der Nationalen Front oder gründen wir andere Zeitungen. Bilden wir Ausschüsse zur Verteidigung der Freiheit des Wortes. Organisieren wir bei unseren Versammlungen einen eigenen Ordnungsdienst. Sollten wir Gerüchte hören, so lasst uns sie beglaubigen, entsenden wir Delegationen zu den zuständigen Stellen, veröffentlichen wir unsere antworten, etwa durch Anschlag am Tor. Unterstützen wir die Sicherheitsorgane, wenn sie wirkliche Straftaten verfolgen, unser Streben geht nicht dahin, Anarchie und einen Zustand allgemeiner Unsicherheit herbeizuführen. Vermeiden wir nachbarlichen Zank, ergehen wir uns nicht in politischen Vermutungen! Enthüllen wir Spitzel!

Die belebte sommerliche Bewegung in der gesamten Republik wird Interesse für die Regelung der staatsrechtlichen Verhältnisse zwischen Tschechen und Slowaken hervorrufen. Wir erachten die Föderalisierung als eine Art und Weise, die nationale Frage zu lösen, ansonsten ist sie nur eine der bedeutsamen Maßnahmen zur Demokratisierung der Verhältnisse. Diese Maßnahme an und für sich muss auch den Slowaken noch kein besseres Leben bringen. Das Regime gesondert in den tschechischen Ländern und gesondert in der Slowakei wird dadurch noch nicht geregelt. Die Herrschaft der parteilich-staatlichen Bürokratie kann weiterbestehen, in der Slowakei sogar um so eher, weil sie gewissermaßen größere Freiheit erkämpft hat.

Große Beunruhigung geht in letzter Zeit von der Möglichkeit aus, dass ausländische Kräfte in unsere Entwicklung eingreifen könnten. Angesichts jeglicher Übermacht können wir einzig und allein anständig auf unserem Standpunkt beharren und mit niemandem Streit vom Zaun brechen. Unserer Regierung können wir zu verstehen geben, dass wir notfalls mit der Waffe hinter ihr stehen werden, solange sie das tun wird, wofür wir ihr unser Mandat geben werden, und unseren Verbündeten können wir versichern, dass wir unsere Bündnis-, Freundschafts- und Wirtschaftsverträge einhalten werden. Unsere gereizten Vorwürfe und unbelegten Verdächtigungen müssen die Stellung unserer Regierung nur erschweren, ohne uns zu helfen. Gleichberechtigte Beziehungen können wir uns ohnehin einzig und allein dadurch sichern, dass wir unsere inneren Zustände qualitativ verbessern und unseren Erneuerungsprozess so weit führen, dass wir durch Wahlen Staatsmänner erwählen, die soviel Standhaftigkeit, Ehre und politisches Können besitzen werden, um solche Beziehungen herzustellen und aufrechtzuerhalten. Das ist übrigens ein Problem durchweg aller Regierungen sämtlicher kleineren Staaten der Welt!

In diesem Frühling ist von neuem wie nach dem Krieg eine große Chance zu uns zurückgekehrt. Von neuem haben wir die Möglichkeit, unsere gemeinsame Sache in die Hände zu nehmen, die den Arbeitstitel Sozialismus trägt, und ihr eine Gestalt zu verleihen, die unserem einst guten Ruf und der verhältnismäßig guten Meinung entspräche, die wir ursprünglich von uns hatten. Dieser Frühling ist soeben zu Ende gegangen und wir nie wiederkehren. Im Winter werden wir alles erfahren.

Damit endet dieser unser Aufruf an die Arbeiter, Bauern, Angestellten, Künstler, Wissenschaftler, Techniker und an alle. Geschrieben wurde er auf Anregung der Wissenschaftler.

Prager Dialoge® Sozialdemokratische Impulse

Die in dieser Publikation geäußerten Meinungen sind Meinungen der Autoren und müssen nicht zwangsläufig dem Standpunkt der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) entsprechen. Die kommerzielle Nutzung der von der FES herausgegebenen Medien ist ohne eine im voraus erteilte, schriftliche Genehmigung seitens der FES nicht gestattet.

Autoren dieser Ausgabe: Jan Šícha (Chefredakteur), Jaroslav Bican, Heda Čepelová, Jan Gruber, Miroslav Jašurek, Anna Kárníková, Franziska Korn, Oto Novotný, Thomas Oellermann, Kateřina Smejkalová.

Übersetzung: Carla Bezděková, Rico Schote.

Verantwortlich für die Herausgabe der Publikationsreihe: Kateřina Smejkalová, katerina.smejkalova@fesprag.cz

Dritte deutsche Ausgabe, Juni 2015, ISSN 2336-4130

Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.,

Vertretung in der Tschechischen Republik

Zborovská 27, 150 00, Praha 5 · www.fesprag.cz

T. +420 224 948 088 / E. fes@fesprag.cz